

karlsruher-liste.de

www.

KAL

Lust auf Stadt

Programm zur Kommunalwahl 25. Mai 2014



1. Wir über uns

2. Politik der KAL

- 2.1 *Das haben wir erreicht*
- 2.2 *Das wollen wir erreichen*

3. Menschen in Karlsruhe

- 3.1 Kinder
- 3.2 Bildung
- 3.3 Arbeiten
- 3.4 Wohnen
- 3.5 *Das haben wir erreicht*
- 3.6 *Das wollen wir erreichen*

4. Politische Teilhabe

- 4.1 Bürgerverantwortung
- 4.2 Bürgerengagement
- 4.3 Bürgerbeteiligung
- 4.4 Netzkultur
- 4.5 *Das haben wir erreicht*
- 4.6 *Das wollen wir erreichen*

5. Stadtplanung und Mobilität

- 5.1 Öffentlicher Raum
- 5.2 Stadtteile stärken
- 5.3 Bauvorhaben
- 5.4 Mobilität
- 5.5 *Das haben wir erreicht*
- 5.6 *Das wollen wir erreichen*

6. Natur und Umwelt

- 6.1 Natur und Landschaft
- 6.2 Lärm
- 6.3 Abfall
- 6.4 Energie
- 6.5 *Das haben wir erreicht*
- 6.6 *Das wollen wir erreichen*

7. Kultur

- 7.1 Lebendige Kulturlandschaft
- 7.2 Kulturförderung
- 7.3 Kulturvielfalt
- 7.4 *Das haben wir erreicht*
- 7.5 *Das wollen wir erreichen*

8. Sport und Freizeit

- 8.1 Breitensport
- 8.2 Vereine
- 8.3 Bäder
- 8.4 Stadtgarten und Zoo
- 8.5 Feste
- 8.6 *Das haben wir erreicht*
- 8.7 *Das wollen wir erreichen*

9. Lokal handeln – global denken

- 9.1 Technologieregion
- 9.2 Europäische Integration
- 9.3 Internationale Vernetzung der Kommunen
- 9.4 Global denkende und Verantwortung übernehmende Kommunalpolitik

1. Wir über uns

Unser langjähriger Geschäftsführer und erster Vorsitzender der Karlsruher Liste, Thomas Belschner, ist im Mai 2013 verstorben. Damit ist ein Vordenker unserer Politik gegangen. Seine Ideen und die Vorstellungen, die er zusammen mit den Männern und Frauen „der ersten Stunde“ kreiert hat und die Grundlage unseres Handelns geworden sind, leben weiter.

Seine Maxime „Jetzt: das größte Glück der größten Zahl“ (nach Jeremy Bentham) und das Ziel „keine Kommunalwahl ohne uns“ ist Grund für 48 Kandidatinnen und Kandidaten – und natürlich auch für andere, die aktiv dabei sind – auch 2014 wieder als Fraktion in den Gemeinderat der Stadt Karlsruhe einziehen zu wollen.

Wir schreiben unser Programm fort. Viele unserer Thesen, Argumente, Vorstellungen und Ziele von 2005 und davor sind nach wie vor gültig. Es gibt Projekte, die verwirklicht sind. Da sind unsere Ziele erreicht – wie zum Beispiel die Wiedereinführung des Karlsruher Passes. Ziele können sich auch verändern, wenn sich die Rahmenbedingungen verändern. Themen wie Bürgerverantwortung, Lärmschutz und Live-Übertragungen aus dem Gemeinderat sind Dauerbrenner und werden uns auch nach 2014 weiter beschäftigen.

Die Karlsruher Liste will *Lust auf Stadt* machen. Sie wird getragen von Personen, die sich für die Stadt, in der sie leben, engagieren und sich konstruktiv in die Kommunalpolitik einbringen.

Lust auf Stadt bedeutet für die Karlsruher Liste zum Beispiel,

- mit Lust die Demokratie mitzugestalten.
- in der Kultur Lust auf Vielfalt, auf Kleinkultur, auf Neues
- im Bereich „Sport und Freizeit“ Lust auf Bewegung und Begegnung
- in der Stadtplanung Lust auf Wohnen und Erleben in der Stadt bzw. auf eine insgesamt attraktive Stadt
- im Bereich „Arbeit und Wirtschaft“ Lust auf Zukunft, Innovationen und befriedigende Arbeitsverhältnisse

Lust auf Stadt versus Politikverdrossenheit – zwischen diesen beiden Polen bewegt sich Politik. Politische Arbeit ist oft mühsam und Erfolge brauchen lange Vorarbeit. Nicht immer sind politische Ziele auf geradem Weg zu erreichen. Manchmal muss ein Kompromiss genügen. Das ist nicht immer verständlich für Menschen, die hohe Erwartungen an die Politik haben. Manche denken bei für sie unverständlichen Ergebnissen, es habe ja keinen Sinn, wählen zu gehen.

Natürlich hat es Sinn! Und warum sind die Ergebnisse von Politik nicht immer für alle verständlich? Als politisch tätige Menschen haben wir das Privileg, auch hinter die Kulissen zu schauen. Dieses Privileg eröffnet uns Einsichten, die manchmal schwer in der Öffentlichkeit zu erklären sind. Entscheidungen werden von den verschiedensten Faktoren beeinflusst. Wir wissen aus unserer Arbeit: Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess bewirkt etwas!

1.1 Wer ist die Karlsruher Liste?

Die KAL ist seit 1984 eine mitgliedschaftliche Wählerversammlung auf kommunaler Ebene; von Anfang an hatten wir Vertreter im Gemeinderat. Seither bringen Karlsruherinnen und Karlsruher hier ihr Wissen, ihre Tatkraft und ihr Engagement in die Stadtpolitik ein. Viele der Aktiven arbeiten auf verschiedenen Arbeitsfeldern in der Stadt mit.

Im Gemeinderat bilden wir seit 1994 eine Fraktion. Derzeit ist die Karlsruher Liste mit zwei Stadträten und einer Stadträtin im Gemeinderat vertreten.

- Lüppo Cramer, Fraktionsvorsitzender, selbständiger Drucker; seit 1980 Stadtrat
- Margot Döring, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Diakonin und Sozialarbeiterin
- Dr. Eberhard Fischer, Chemiker und Umweltjournalist.

Viele Organisationen kommen auf uns zu und wir unterstützen deren Anliegen mit Anträgen. Manchmal stehen wir allein da, manchmal bekommen wir Unterstützung. Und wir haben Erfolg! Es sind oft die kleineren Themen wie Gebärdensprachdolmetscher für Hörgeschädigte, Hausaufgabenbetreuung für Kinder im Gewann Lachäcker oder die Kleingruppenkarte für den

Zoo. Wichtig sind nicht nur die Erfolge, die aus eigener Kraft erreicht wurden (KAL-Anträge, die erfolgreich waren), sondern auch diejenigen, wo mit unserer Unterstützung Veränderungen erreicht wurden im Sinne unserer Grundsätze und Ziele.

Wie weit reichen unsere Einflussmöglichkeiten? Nutzen wir sie ausreichend? In feinen Dosen, in kleinen Einheiten zeigen wir unseren Einfluss. Wir sind geduldig, beharrlich. Wir wissen, dass der Weg lang sein kann. Und unser Erfolg wird am Ende von allen (anderen) gefeiert. Man kann uns also höchstens vorwerfen, dass wir nicht laut genug mit den Erfolgen unserer Politik prahlen.

Und dann kommt es vor, dass unsere Anträge einfließen in Verwaltungsvorlagen. Der Gemeinderat stimmt zu – ohne zu erwähnen, dass die Karlsruher Liste Urheber dieser Vorlage ist. So geschehen bei dem Kita-Portal, das jetzt installiert wird, beim öffentlichen und kostenfreien W-LAN, bei verschiedenen Projekten im sozialen Bereich und beim Konzept zum Alten Schlachthof.

1.2 Die Karlsruher Liste ist anders als die anderen Gemeinderatsfraktionen

Uns unterscheidet vor allem eins: Wir sind für Karlsruhe da – und müssen uns nicht nach bundes- oder landespolitischen Vorgaben richten. Das haben wir in den vergangenen Legislaturperioden bewiesen.

Zweitens: Die Mitgliedschaft in der KAL wird durch aktive Teilnahme und nicht durch Mitgliedsbeitrag oder Parteibuch erworben.

Drittens: Entscheidungen werden nach dem Konsens-Prinzip von den aktiven Mitgliedern getroffen. Aktives Mitglied ist, wer an dem das jeweilige Thema betreffenden Entscheidungsprozess teilgenommen hat und die natürlichen Spielregeln des Konsens-Prinzips akzeptiert (Dialogbereitschaft, Verantwortlichkeit und Toleranz). Abstimmungen finden nicht statt.

2. Politik der Karlsruher Liste

Wir wollen Raum schaffen

für die Entwicklung von Ideen
für die Vernetzung von Ideen
für die Umsetzung von Ideen

- Eine direkte Bürgerbeteiligung ohne parteipolitische Zwänge auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, ist das vorrangige Ziel der Karlsruher Liste.
- Die KAL will, dass trotz der globalen Veränderungen sowie der veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Kommunen die Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft erhalten bleibt.
- Ökologische, nachhaltige Gesichtspunkte sollen bei allen Planungen Berücksichtigung finden.
- Wir denken in größeren Zusammenhängen, handeln als kommunalpolitische Wählervereinigung aber lokal.
- Wir sehen uns eingebunden in ein Europa, das die Ziele „Toleranz, Solidarität, Gleichberechtigung“ vertritt.
- Und wir schauen über den europäischen Tellerrand hinaus. Die lange Verbundenheit der Karlsruher Liste mit einer kirchlichen Gemeinde in Krasnodar zeugen ebenso davon wie die von uns initiierte Projektpartnerschaft mit der türkischen Stadt Van.

2.1 Das haben wir erreicht

- Projektpartnerschaft mit der türkischen Stadt Van
- W-LAN auf öffentlichen Plätzen
- Kulturinsel und Kreativpark Alter Schlachthof
- Bürgerzentrum Südstadt
- Planungswerkstatt Stadteingang Durlacher Allee
- Ludwig-Erhard-Allee
- Faktencheck Rheinbrücke
- Wiedereinführung und Erweiterung Karlsruher Pass
- Medizinische Versorgung wohnsitzloser Menschen
- Veränderung Schulgrenzen Südstadt-Ost
- Gebärdendolmetscher bei städtischen Großveranstaltungen und Fortbildungen
- Gebührenermäßigung VHS-Kurse
- Internet-Kita-Portal (jetzt: SMART-Kita)
- Personalkosten für Bachelorabsolventen in Kitas
- VHS-Alphabetisierungskurse
- Kommunales Wohnbauförderprogramm
- Lärmschutz: neuer Fahrbahnbelag B 36/Eckener Straße
- Rückbau Herrenalber Straße
- Umdenken bei städtischer Fahrzeugbeschaffung Richtung Gasfahrzeuge
- Tempo 30 in der Kriegsstraße
- Landschaftspark Rhein
- Stärkung des Naturschutzzentrums
- Abluftkamin Unterführung Kriegsstraße wird neu geplant
- Das Lichterfest im Stadtgarten findet wieder jährlich statt
- Für verschiedene Formen von Familien gibt es eine Gruppenkarte für den Zoo/Stadtgarten
- Trainingsstrecke mit der Länge einer Badischen Meile in der Günter-Klotz-Anlage
- Laufende Debatte zur generationengerechten Finanzpolitik der Stadt.

2.1 Das wollen wir erreichen

- Wahlrecht für Alle in Karlsruhe, gleich welcher Nationalität
- Kinderbetreuung auf hohem Niveau, auch für Grundschul Kinder
- Weiterer Ausbau der Barrierefreiheit
- Mehr männliches Personal in Kitas
- Verdichtung im Innenbereich durch Schließung von Baulücken und Ausbau vorhandenen Wohnraums
- Stärkung der Wohnungslosenhilfe und der Lotsen aus der Wohnungslosigkeit durch mehr finanzielle und personelle Ausstattung
- In Neubaugebieten auf den Einfluss der geplanten Bebauung auf das Klima achten
- Bebauungsplan C-Areal in der Nordstadt
- Ausbau Schulsozialarbeit, Ziel: Erlernen sozialverträglichen Verhaltens
- Mehr Straßenfeger statt KOD (kommunaler Ordnungsdienst)
- Live-Berichterstattung aus den Gemeinderatssitzungen
- Weniger Überwachung durch Kameras im öffentlichen Raum
- Kein Aufenthaltsverbot oder besondere Verhaltensregeln auf öffentlichen Plätzen
- Stabile Fahrpreise des KVV bei besserem öffentlichen Nahverkehr
- Beratung bei Gebäudesanierung zum Erhalt der biologischen Vielfalt
- Ersatzbrücke bei Maxau statt zusätzlicher Rheinbrücke
- Integriertes Rheinprogramm/Hochwasserrückhalteraum Bellenkopf-Rappenwört
- Stadtklima verbessern, Erhalt der Frischluftzirkulation
- Lärminderung auch entlang von Bundesbahn- und Straßenbahnstrecken sowie Schnellstraßen
- Vorrang für den Umweltverbund aus ÖPNV, Fußgängern und Radfahrern
- Umdenken bei städtischer Fahrzeugbeschaffung Richtung Elektrofahrzeuge
- Lokale Südspange Hagsfeld mit einem Streifen je Richtung
- Raum für Kultur, auch in Bezug auf die Sperrstundenregelung
- Gleiche Chancen für alle kreativen Formen in der Kultur
- Mehr Bolzplätze für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- Instandsetzung der öffentlichen Skateanlagen
- Erlebnisort Kronenplatz
- Plätzekonzept mit eigenem Motto für zentrale Plätze
- Förderung des Inlineskatens und Erhalt der Skatenite
- Raum für Kultur – gleiche Chancen für alle kreativen Ausdrucksmöglichkeiten und Formen
- Kinder machen Musik: jedem Kind ein Instrument.

Zu den einzelnen Punkten gibt es im Textteil ausführlichere Informationen.

3. Menschen in Karlsruhe

2012 waren in Karlsruhe 307.047 Menschen gemeldet. Davon sind etwas mehr als die Hälfte weiblich. Etwas über 70% der hier lebenden Menschen sind zwischen 15 und 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter (gegenüber 2008 ein Rückgang von fast 10%). 30.665 Zugezogenen stehen 2012 26.286 Fortgezogene gegenüber. In den vergangenen zehn Jahren sind etwa 208.000 Menschen neu nach Karlsruhe gekommen gegenüber 180.000, die aus der Stadt fortzogen (Quelle: Statistisches Jahrbuch 2013, Stadt Karlsruhe).

Nicht ganz 10% (ca. 29.700) haben keine Arbeit, können von ihrer Arbeit nicht leben und benötigen zusätzliche Sozialleistungen, sind nicht erwerbsfähig oder bekommen ihr Geld von der Agentur für Arbeit.

Barrierefreiheit beginnt im Kopf

In Karlsruhe leben auch Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen. Ein Ziel der Karlsruher Liste ist nach wie vor, Barrierefreiheit in Karlsruhe zu schaffen. Barrieren im Kopf, in Gebäuden, Verkehrsmitteln und auf der Straße abbauen, dieses Ziel wird uns noch lange bewegen.

Ein bestimmtes Merkmal wie Alter, Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe, Religionsgemeinschaft, sexuelle Ausrichtung oder ein geistiges oder körperliches Anderssein darf nicht dazu führen, diese Menschen nur als Zugehörigen, als Teil einer Bevölkerungsgruppe zu definieren. Denn jeder Mensch ist mehr als nur die Summe seiner Teile. Wir befürworten deshalb auch das Gender-Mainstreaming- Konzept der Stadt: Geschlechtergerechtigkeit überall im Blick zu haben. Nicht nur Mädchen, sondern auch Jungs überall die gleichen Chancen zu bieten, beim Bau von Spielplätzen genauso wie bei der Gestaltung öffentlicher Plätze, bei Richtlinien für den Wohnungsbau ebenso wie bei freiwilligen Leistungen für Angebote freier Träger.

Neue Ideen entwickeln sich oft aus Gegebenheiten, die nicht mehr akzeptabel sind. Wie zum Beispiel die Bildungssituation der Kinder in sozialen Brennpunkten. Die Arbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnwagenabstellplatzes zeigt, dass es möglich ist, Politik ganz konkret umzusetzen – zusammen mit den Betroffenen.

Hier zeigt sich auch Karlsruhes Reichtum: Die Beweglichkeit der Verwaltung, die Umsetzung von politischen Ideen, die Entwicklung neuer Handlungsmöglichkeiten und die Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg, wenn es um das Wohl von Kindern geht.

Mittendrin statt außen vor

Reichtum zeigt sich aber auch darin, dass Vereine, freie Träger und Organisationen im sozialen und schulischen Bereich ein offenes Ohr (wenn auch nicht immer gleich einen offenen Geldbeutel) in der Politik und auf Verwaltungsebene finden. Das ist nicht in allen Städten so.

Ziel der Karlsruher Liste ist, sich für alle Menschen, die in Karlsruhe leben, zu engagieren. *Lust auf Stadt* darf nicht ausgrenzen, sondern muss heißen: Nicht der volle oder der leere Geldbeutel des Einzelnen bestimmt die Lebensqualität, sondern die Möglichkeiten, die die Stadt anbietet, für alle nutzbar zu machen.

Die Karlsruher Liste steht für Geduld, Beharrlichkeit und neue Ideen. Wir wissen, dass der Weg zum Erfolg lang sein kann und dass dies am Ende von allen gefeiert wird.

3.1 Kinder und Jugendliche in Karlsruhe

Vom Karlsruher Pass bis hin zu einer ausgewogenen Schullandschaft, von Kitas bis zu Bolzplätzen reichen die Themen, die Kinder in Karlsruhe betreffen. Fangen wir bei den ganz Kleinen an: Unterstützung für Eltern, ob berufstätig oder nicht, hat viel mit der Lebensqualität der gesamten Familie zu tun. Wir unterstützen die Stadt dabei, ein Netz von Hilfsangeboten für junge Eltern und ihre Kinder aufzubauen. Das reicht von Familienhebammen über „frühe Hilfen“ bis zu den Müttercafés. Unser Ziel ist nicht, dass die Stadt dies alles allein anbietet. Wir treten dafür ein, dass freie Träger / Organisationen, die Aufgaben für die Stadt übernommen haben, in ihrer Arbeit adäquat finanziell unterstützt werden. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir uns nicht in die Regelungen freier Träger einmischen. Wir wollen aber, dass deren Vernetzung deutlich sichtbar und für alle überschaubar dargestellt wird. Damit alle wissen: Hier geschieht sinnvolle Arbeit und hier gibt es keine Doppelstrukturen, die doppelt Geld kosten.

Um alle Angebote sinnvoll zu nutzen, ist es für die Familien wichtig zu wissen, welche es gibt. Unser Ziel: Hilfsangebote müssen allen Familien bekannt sein!

„Kostenfreiheit von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen“ ist eines der Ziele, auf die wir hinarbeiten müssen – also ein langfristiges Ziel. Dazu gehört in Ganztageseinrichtungen wie Gemeinschaftsschulen auch das Mittagessen. Die Schwierigkeit liegt hier in der Gerechtigkeits-Frage: Wem können wir zumuten, Angebote zu bezahlen, und welche Kinder bekommen es ohne Kostenbeteiligung?

Der Karlsruher Pass ist dank uns wieder Teil des Angebotes für Menschen in Karlsruhe! Und wir arbeiten weiter daran, ihn zu erweitern. Wie zum Beispiel durch die Gebührenermäßigung bei Volkshochschulkursen für die Pass-Inhaberinnen und -Inhaber.

Kinder brauchen genug Raum für ihre persönliche Entwicklung – sei es in der Schule oder auf dem Spielplatz. Kinder leben im Stadtteilbezug. Der Verlust oder das Fehlen von Aktionsräumen im Stadtteil hat das Vereinzeln von Kindern in den Wohnungen zur Folge. Der Medienkonsum steigt. Kinder wollen spielen, Kinder müssen spielen. Für soziale Lernprozesse sind Aktionsräume notwendig. Das sind insbesondere naturbelassene Räume, ohne pädagogischen Zuckerguss, mit Ecken und Kanten, aber auch Straßen und Gehwege, auf denen jederzeit gespielt werden kann. Unser Ziel, Kinder in die Planung von Spiel- und anderen Plätzen mit einzubeziehen, ist bei verschiedenen Projekten bereits umgesetzt.

Jugendliche sollen sich dort ausprobieren können, wo sie nicht sofort wieder an Grenzen stoßen. Also eher in kleinen, selbst gestalteten und selbst verwalteten Räumen als in einer großen Jugendfreizeitstätte. Ausländische Jugendliche oder junge Menschen mit Migrationshintergrund nutzen Jugendzentren eher. Dabei ist positiv zu bemerken, wenn Cliquen international gemischt sind.

Gut ist, dass viele Jugendliche sich in Vereinen, Kirchengemeinden oder auf Sport- und Bolzplätzen treffen. Schwierig wird es da, wo sich ältere Jugendliche auf Plätzen, die für Jüngere gedacht sind, aufhalten.

Jugendliche brauchen „reizvolle“ Begegnungsmöglichkeiten im Stadtteil, sie suchen Abenteuer und wollen ihre Kräfte messen ohne pädagogischen Zeigefinger der Erwachsenen. Sie brauchen Plätze zum Bolzen und Toben. Wir finden es unabdingbar, Jugendliche in die Planungen von Wohnbebauung und Begegnungsorten einzubeziehen.

3.2 Bildung

Alle Kinder fangen gleich an: mit der Grundschule. Für Kinder, die einen besonderen Förderbedarf brauchen, gibt es besondere Schulformen oder Inklusionsangebote an Regelschulen. Kurze Wege für kurze Beine und erreichbare Standorte für alle weiterführenden Schulformen: So sollen unserer Meinung nach die Schulstandorte verteilt werden. Dazu gehört, Schulbauten so zu planen und zu gestalten, dass sie flexibel genutzt werden können.

Ganztages-Angebote gibt es in verschiedenen Formen. Kooperationen von Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Sport- und anderen Vereinen müssen weiter ausgebaut werden,

wo es Sinn macht. Ab Sommer 2014 werden alle Grundschulen als Ganztageschulen eingerichtet werden. Diese Gesetzesänderung wird die Schul- und Betreuungslandschaft verändern.

Wenn auch die Kommunalpolitik wenig Einfluss auf Lern-Inhalte und Schulformen hat, kann sie doch Rahmenbedingungen schaffen, die allen Kindern gerecht werden. Dazu gehört auch ein möglichst früher Praxisbezug für Jugendliche, die eher praktisch bildbar sind. Und dazu gehört für die Karlsruher Liste auch, dass der Instandhaltungs- und Sanierungsstau bei den Schulen weiter zügig abgebaut wird.

Wir begrüßen die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Karlsruhe. Gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Begabungen und Stärken kann für alle eine Bereicherung sein. Der starke Zuspruch der Eltern für diese Schulform macht sich an den Anmeldezahlen für die bereits vorhandenen Gemeinschaftsschulen fest: diese Schulform ist gewollt und sinnvoll. Dass daneben auch Gymnasien mit acht- oder neunjährigen Zügen gebraucht werden, ist unbestritten und wird von der Karlsruher Liste unterstützt – zum Beispiel durch das Voranbringen der notwendigen Schulneu- und ausbauten für diesen Bereich.

Standortfaktor Wissenschaftsstadt

Die stetig wachsende Bedeutung von Forschung erfordert zunehmend den Dialog von Vertretern der Wissenschaft und Wirtschaft genauso wie von Politik und Gesellschaft.

Die Kommunalpolitik muss nach Meinung der KAL diesem Standortfaktor zukünftig noch mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen. Forschung und Technologie kommt gerade in einer wissensorientierten Region wie Karlsruhe für die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine sehr hohe Bedeutung zu.

Gute Bildung und hohe Forschungsanstrengungen sind wesentliche Standortfaktoren für den Wettbewerb der Regionen. Deshalb ist es wichtig, das KIT – Karlsruher Institut für Technologie – als den größten Arbeitgeber Karlsruhes mit international hohem Ansehen in Forschung, Lehre und Innovation weiterhin zu unterstützen. Die Stadt kann vor allem das studentische Leben in Karlsruhe fördern: durch Schaffung von Freiräumen (WiFi, Radwege, ÖPNV-Ticket, gute Verbindung der Campi) und durch Offenheit für kreative Köpfe aus allen Regionen der Welt. Und Studierende brauchen Wohnraum!

Fast 41.800 Studierende gibt es in Karlsruhe. Das KIT mit etwa 24.500 Studierenden zählt zu den leistungsstarken Hochschulen in Deutschland. Sie zeichnet sich in besonderem Maße durch ihre Forschungsorientierung aus. Auch die Hochschule für Technik und Wirtschaft, die kreativen Hochschulen – Musikhochschule, Kunstakademie, Hochschule für Gestaltung sowie das ZKM – genießen einen ausgezeichneten Ruf.

Fazit: Forschung und Lehre brauchen eine gute Infrastruktur, eine Mischung aus attraktiven alten und funktionalen neuen Räumlichkeiten, auch Plätze im öffentlichen Raum für Begegnungen. Karlsruhe muss attraktiv sein für engagierte und kreative Menschen und Karlsruhe sollte die Kompetenzen dieser Menschen, nutzen, insbesondere zum Beispiel im Bereich Regionalplanung, Architektur, Mobilität, Technikfolgenabschätzung („Stadtforschung“).

3.3 Arbeit

Arbeitsplätze sind insbesondere dort zu fördern, wo innovative Konzepte umgesetzt werden, wie beispielsweise Teilzeit- oder Lebensarbeitszeitmodelle, Altersteilzeit oder Job-Sharing. Hier haben insbesondere die Stadt Karlsruhe und ihre Tochtergesellschaften eine Vorbildfunktion, der sie gerecht werden müssen.

Arbeit ist ein „Lebensmittel“

Die Karlsruher Liste steht, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitswesen, weiteren Privatisierungen skeptisch gegenüber, zumal damit eine Verringerung der demokratischen Kontrollfunktion (weg vom Gemeinderat – hin zum Aufsichtsrat) erfolgt. Privatisierung ist vornehmlich auf Gewinnerorientierung, nicht auf Daseinsvorsorge angelegt; Rationalisierung,

Personal- und Leistungsabbau sind die Folge. Unproduktive Bereiche und Aufgaben, die jedoch wichtig sind, werden nahezu zwangsläufig vernachlässigt. Als Folge belasten die „Rationalisierungsoffer“ den kommunalen Haushalt an anderer Stelle. Nur durch eine Änderung der Rechtsform werden teure Strukturen nicht beseitigt. Ein Konzept für neue Organisationsformen in der Verwaltung, welches die Dezentralisierung bislang hierarchischer Strukturen zum Ziel hat, ist eine bessere Alternative als eine Privatisierung um jeden Preis.

In der Kreativwirtschaft sieht die Karlsruher Liste einen stark wachsenden Bereich der Wirtschaft, welcher einen erheblichen Anteil am Arbeitsplatzaufbau in der Region Karlsruhe hat. Dieser Bereich ist zu erhalten und weiter zu entwickeln.

3.4 Wohnen in Karlsruhe

Karlsruhe ist eine wachsende Stadt. Viele Menschen ziehen aus beruflichen Gründen hierher, ältere Menschen zieht es zurück in die Stadt. Die vielen Studierenden brauchen preiswerten Wohnraum.

Die Innenentwicklung Karlsruhes muss vorangetrieben werden, insbesondere in den zentralen Stadtteilen und den B-Zentren wie Mühlburg oder Durlach. Die Belastungsfähigkeit des Stadtrandes ist längst erreicht. Das zeigt sich auch an den Wohnortwünschen einer Mehrheit in Karlsruhe lebender Menschen: Sie wollen in der Stadt bleiben, viele wollen in die Stadt zurück. Zeit wird Mangelware im Leben zwischen Arbeit, Familie, ehrenamtlichem Engagement und Entspannung. Wo qualitätsvolle Arbeitsplätze in der Innenstadt entstehen, werden auch mehr qualitätsvolle Wohnformen nachgefragt.

Auch die Rückkehr der „jungen Alten“, also der nicht mehr Erwerbstätigen, steigt an. Diese werden ganz andere Anforderungen an die Wohnviertel stellen als erwerbstätige Einwohner. Sie werden in verstärktem Maße soziale und kulturelle Infrastruktur fordern und die dazu notwendige Bewegungsfreiheit (Barrierefreiheit, ÖPNV, Taxidienste). Es sind selten die ärmeren Senioren, die in die Stadt zurück möchten.

Für ältere Menschen nach der Familienphase wird die Stadt also wieder attraktiv. Wie kann das Potenzial dieser teilweise noch „jungen Alten“ genutzt werden? Menschen, die Zeit haben und über Fähigkeiten verfügen, die anderen nutzen, und Menschen, die diese Fähigkeiten brauchen, gilt es zusammenzubringen. Dazu muss das Angebot an hellen, modernen, altersgerechten und bezahlbaren Wohnungen im gewohnten Stadtteil oder in der Innenstadt ausgebaut werden. Nahversorgung und Hilfsorganisationen müssen in erreichbarer Nähe sein.

Grundrecht Wohnen

Die Zahl der obdachlos Gemeldeten ist wieder angestiegen. Die Zahl der Einzelpersonen und Familien mit geringen finanziellen Möglichkeiten ist nicht geringer geworden. Wohnungslose Menschen gehören auch zum Stadtbild von Karlsruhe. Für diesen Personenkreis müssen nicht nur Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sein. Hier ist auch ein Betreuungsangebot nötig. Denn viele Wohnungslose sind seelisch oder körperlich krank und brauchen ein niederschwelliges Hilfsangebot zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder zumindest zur Stabilisierung ihrer Situation. Die Verbesserung der medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen ist in erster Linie dem Vorstoß der Karlsruher Liste zu verdanken.

Für obdachlose Menschen wird seit einigen Jahren sehr erfolgreich Wohnraum akquiriert und renoviert: Mit der Volkswohnung als städtischer Gesellschaft, aber auch den Wohnungsbau-genossenschaften zusammen sollte es möglich sein, für alle Menschen ohne Wohnung geeigneten Wohnraum zu schaffen. Weitere Mittel für das Programm Wohnraumakquise und kreative Nutzung des städtischen Gebäudebestands finden unsere volle Unterstützung.

Die Zahl der Wohnungen ist vor allem im höherpreisigen Bereich oder als Eigentum angestiegen. Die Anzahl der sozial geförderten Wohnung oder anderem preiswerten Mietraum geht zurück. Der Wohnungs-Leerstand liegt derzeit bei unter 2%. Das bedeutet, dass die Chance auf eine bezahlbare Wohnung für Manchen unerreichbar ist.

Nachdem unsere Forderungen nach einem Mietspiegel über Jahre vehement abgelehnt wurde, ist die Stadt jetzt aufgrund einer Gesetzesänderung von sich aus aktiv geworden: Einen Mietspiegel, der für Transparenz sorgt, gibt es inzwischen auch in Karlsruhe.

Nach Angaben des Amtes für Stadtentwicklung fehlen preisgünstige Mietwohnungen, familien-taugliche Mietwohnungen mit vier bis fünf Zimmern, Hochstandard-Mietwohnungen für tempo-räres Wohnen, eine größere Bandbreite von Haustypen, Reihenhäuser mit einer Hausbreite, die vielfältige Lösungen zulässt, sowie mehr qualitätsvolle, individuell gestaltbare Eigentums-wohnungen mit größerem Außenraumbezug. Die KAL setzt sich seit langem für all das ein. Das Überlassen der Grundstücke an „normale“ Bauträger wird aber nicht zu dieser Vielfalt führen.

Neue Wohnformen zu fördern, wie den alternativen Geschosswohnungsbau mit vielen „Einfamilienhäusern“ unter einem Dach, muss eine politische Leitidee in Karlsruhe werden.

Die Stadt hat ein Wohnraumförderprogramm aufgelegt, das unsere volle Zustimmung und Unterstützung erhält. Wir hatten es mit anderen zusammen für den Doppelhaushalt 2013/2014 beantragt. Unseren Sitz im Aufsichtsrat der Volkswohnung nutzen wir seit 2009, immer wieder nach der sozialen Verantwortung und der Zahl der preiswerten Wohnungen im Neubau zu fragen und darauf zu drängen, dem Mietwohnungsbau einen breiteren Raum zu geben. Dabei gibt es natürlich den Spagat zwischen notwendigen Erlösen, um Investitionen und Sanierungen im Bestand zu finanzieren, und geringeren Einnahmen durch Vermietung zu moderaten qm-Preisen für breite Bevölkerungsschichten.

3.5 Das haben wir erreicht

- Wiedereinführung und Erweiterung Karlsruher Pass
- medizinische Versorgung Wohnsitzloser
- Erhalt der Uhlandschule
- Änderung der Schulgrenzen Südstadt-Ost
- Gebärdendolmetscher für städtische Großveranstaltungen und Fortbildungen
- Verlagerung der Tagesstätte TÜR
- Hausaufgabenbetreuung für Kinder auf dem Wohnwagenabstellplatz
- Gebührenermäßigung VHS-Kurse für Karlsruher-Passinhaber
- Internet-Kita-Portal (jetzt SMART-Kita)
- Einstellungskriterien für Bachelorabsolventen in Kitas
- kommunales Wohnbauförderprogramm
- kontinuierlicher Wohnungslosenbericht
- Erweiterung Drais-Schulen
- VHS-Alphabetisierungskurse.

3.6 Das wollen wir erreichen

- Kinderbetreuung auf hohem Niveau, auch für Grundschul Kinder
- Weiterer Ausbau der Barrierefreiheit in der Stadt und in den Köpfen
- Stipendien für begabte Kinder („Diesterweg-Stipendium“)
- Mehr männliches Personal in Kitas
- Verdichtung im Innenbereich durch Schließung von Baulücken und Ausbau vorhandenen Wohnraums
- Stärkung der Wohnungslosenhilfe und der Lotsen aus der Wohnungslosigkeit durch mehr finanzielle und personelle Ausstattung
- Bei Neubaugebieten den Einfluss der geplanten Bebauung auf das Klima beachten.

4. Politische Teilhabe

Die Karlsruher Liste will ein Mehr an Demokratie. Gerade auf kommunaler Ebene gibt es vielfältige Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger in politische Prozesse und Entscheidungen einzubinden. Über die Wahl zum Gemeinderat hinaus sollen die Menschen in der Stadt am politischen Leben teilhaben, *Lust auf Stadt* bekommen und ihren Lebensraum ganz unmittelbar mitgestalten.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die politische Teilhabe ermöglichen. Aus Sicht der Karlsruher Liste gehört dazu, dass die Verwaltung die Menschen in Karlsruhe früh in die Entscheidungsfindung mit einbezieht. In den letzten Jahren sind hier, auch aufgrund der beharrlichen Arbeit der Karlsruher Liste, deutliche Verbesserungen sichtbar. Beteiligungsverfahren wie die Konsensuskonferenz zur „Stuttgarter Straße“ oder die Planungswerkstatt zum „Stadteingang Ost“ zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe für Fachthemen begeistern lassen. Die Gestaltung ihres Lebensraumes Stadt ist den Karlsruherinnen und Karlsruhern wichtig.

Wir sehen politische Teilhabe aber nicht als Einbahnstraße, die von der Verwaltung Richtung Bürger geht. Politische Teilhabe umfasst für die Karlsruher Liste vier Teilbereiche:

1. Bürgerverantwortung, bestehend aus Bürgerrechten und Bürgerpflichten
2. Bürgerengagement in vielfältigen Formen
3. Bürgerbeteiligung über die verschiedensten Wege – und schließlich
4. Netzkultur, der Umgang miteinander in der virtuellen Welt.

4.1. Bürgerverantwortung

Grundsätzlich sieht die KAL jeden Bürger, jede Bürgerin in Bürgerverantwortung. Dazu zählen Bürgerrechte genauso wie Bürgerpflichten. Für ein verträgliches Miteinander in der Stadt setzt die Karlsruher Liste auf die Eigenverantwortung der Menschen in Karlsruhe statt auf immer mehr Regulierungen des Lebens im öffentlichen Raum.

Jeder Karlsruher, jede Karlsruherin soll so leben dürfen wie er bzw. sie möchte, seine / ihre Meinung kundtun, solange er / sie niemanden damit schädigt.

Mündige Karlsruher brauchen keine Bevormundung!

Wir verstehen unter (kommunalen) Bürgerrechten:

Aktives und passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle Karlsruher(innen), die älter als 16 Jahre und länger als 3 Monate in Karlsruhe gemeldet sind. Dabei darf aus Sicht der Karlsruher Liste ein Migrationshintergrund keine Rolle spielen. Das kommunale Wahlrecht sollte alle Einwohner Karlsruhes umfassen, auch Nicht-EU-Bürger. Denn: Alle Karlsruherinnen und Karlsruher sind von den Entscheidungen des Gemeinderats betroffen. Zudem sind wir der Meinung, dass aktives und passives Wahlrecht nicht getrennt werden sollten. Wer das Recht zu wählen hat, soll auch die Möglichkeit bekommen, aktiv an politischen Entscheidungen teilzuhaben, also gewählt zu werden.

Die Karlsruher Liste setzt sich für einen überwachungsfreien öffentlichen Raum ein. Videoüberwachung lehnen wir dort ab, ebenso die Überwachung der Karlsruherinnen und Karlsruher durch den Kommunalen Ordnungsdienst. Unter dem Slogan „Straßenfeger statt KOD“ setzten wir uns dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe mehr Personal im Bereich Sauberkeit statt Kontrolle ausbildet. Die Stadt Karlsruhe sollte nicht ohne Not Landesaufgaben wie den Polizeidienst übernehmen. Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Menschen in Karlsruhe.

Die Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe müssen uneingeschränktes Aufenthaltsrecht im öffentlichen Raum behalten. Wer sich wann auf welchen Plätzen aufhält und ob er dort etwas isst oder beispielsweise Alkohol konsumiert, ist in erster Linie Sache jeder einzelnen Person.

Eine Ausnahme sind sicher Spielplätze. Sie müssen den Kindern vorbehalten bleiben. Der Konsum von Tabak, Alkohol und anderen jugendgefährdenden Substanzen hat hier nichts zu suchen. Hingegen sind wir gegen „Sperrzeiten“ auf Spiel- und Bolzplätzen. Kinder und Jugendliche brauchen auch am Wochenende oder frühen Abend öffentliche Räume. Auch hier setzt die Karlsruher Liste auf die Eigenverantwortung der Menschen in Karlsruhe, ein verträgliches Miteinander zu gestalten.

Die Menschen in Karlsruhe haben ein Recht auf Transparenz in der Kommunalpolitik. Entscheidungen müssen nachvollziehbar und möglichst öffentlich getroffen werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem der Zugang zu Informationen. Dazu zählen auch zeitnah erstellte und auffindbare Protokolle der Gemeinderatssitzungen. Die Karlsruher Liste setzt sich seit langem für die Live-Übertragung von Sitzungen des Gemeinderates in Bild und Ton ein. Auf Antrag der Karlsruher Liste ist in Karlsruhe ein öffentliches W-LAN-Netz geschaffen worden, das den Zugang und Austausch von Informationen im öffentlichen Raum, ohne Kosten für den einzelnen Nutzer, einer breiten Bevölkerungsschicht ermöglicht.

Mangelnde Transparenz findet sich aus unserer Sicht vor allem in den städtischen Gesellschaften. Die Karlsruher Liste setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe keine neuen Gesellschaften gründet. Städtische Aufgaben müssen aus unserer Sicht von der Kommune und nicht durch ein städtisches Unternehmen erfüllt werden. Städtische Unternehmen werden nicht durch den Gemeinderat als vom Bürger direkt gewähltes Gremium kontrolliert, sondern durch Aufsichtsräte. Die Fraktionen können in diese Aufsichtsräte Vertreter senden, jedoch sind immer wieder kleine Fraktionen, Gruppierungen ohne Fraktionsstatus und Einzelstadträte von wichtigen Informationen abgeschnitten. Die Vergesellschaftung städtischer Aufgaben in den letzten Jahren hat zudem nicht zu den versprochenen Kostensenkungen geführt. Wir sind überzeugt, dass manche städtische Gesellschaft den Steuerzahler mehr kostet, als es der Verbleib des Geschäftsbereichs in der Stadtverwaltung getan hätte.

Das zentralste Recht jeder Bürgerin, jedes Bürgers ist das Recht auf freie Meinungsäußerung. Über den Austausch von Ideen und Argumenten ist eine Entscheidungsfindung möglich, die auf einer breiten Basis beruht und möglichst viele Menschen mit einbezieht. Damit verbunden ist, dass die Stadtverwaltung die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger Karlsruhes ernst nimmt. Nur so lässt sich aus Sicht der Karlsruher Liste eine große Zufriedenheit mit der Stadtpolitik erreichen – eben *Lust auf Stadt* machen.

Bürgerpflichten

Um Bürgerrechte wahrnehmen zu können, setzt die KAL darauf, dass jeder mündige Bürger, jede mündige Bürgerin seine/ihre Bürgerpflichten wahrnimmt.

Darunter verstehen wir, dass die Bürger sozialverträgliches Verhalten an den Tag legen. So können weitere Regulierungen des Verhaltens im öffentlichen Raum und die damit einhergehenden Kontrollen vermieden werden.

Unter dem Begriff „solidarische Gesellschaft“ verstehen wir die Hilfsbereitschaft jedes Karlsruhers, jeder Karlsruherin anderen gegenüber, zum Beispiel in Notlagen. Sozialverträgliches Verhalten muss von Klein auf geübt werden. Geeignetes Mittel dafür ist z.B. die Ausweitung der Schulsozialarbeit.

Von mündigen Bürger(inne)n erwartet die KAL auch die Bereitschaft, sich auf kommunal-politischer Ebene einzubringen. Dazu gehört zuerst die Teilnahme an Wahlen. Direkte Beteiligungsverfahren, zum Beispiel Bürgerversammlungen, leben von der Teilnahme derer, die sie ansprechen: den Menschen in der Stadt Karlsruhe. Hier können sie ihre Wünsche und Vorstellungen artikulieren und im Austausch mit anderen Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung und den Gruppierungen im Gemeinderat umsetzungsfähige Ideen für das Leben in Karlsruhe entwickeln.

Wer an Entscheidungen der Stadt Karlsruhe teilhaben will, hat aus Sicht der Karlsruher Liste die Pflicht, sich zu informieren und seine Meinung im Austausch mit anderen zu vertreten. Die Verwaltung der Stadt Karlsruhe hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür

zu schaffen. So sollten Bürgerbeteiligungsverfahren so gestaltet sein, dass sie sich mit dem Arbeits- und Familienleben vereinbaren lassen. Dazu gehören Angebote zur Kinderbetreuung, eine zeitliche Begrenzung sowohl in Länge wie Häufigkeit der Veranstaltungen. Besonders wichtig ist auch die verständliche Aufarbeitung der Informationen, Daten und Fakten zu den meist komplexen Themen.

Nichtsdestotrotz bedeuten diese Verfahren Arbeit und Zeitaufwand für die Bürger(innen). Aus unserer Sicht lohnt sich dieser Aufwand, um einen möglichst breiten Konsens zu erzielen.

4.2. Bürgerengagement

Seit jeher sieht die Karlsruher Liste Bürgerengagement als zentrales Element der Kommunalpolitik. Karlsruhe weist ein breites Spektrum an Vereinen, Bürgerinitiativen, Bürgervereinen und Ortschaftsräten auf. Ziel unserer Politik ist es, diese ehrenamtliche Arbeit der Karlsruherinnen und Karlsruher zu stärken und zu unterstützen. In diesen Gruppierungen sammeln und artikulieren sich unterschiedliche Interessen, die alle ihre Berechtigung, ihren Platz in Karlsruhe haben. Aufgabe der Politik ist es, diese teils gegensätzlichen Interessen wahrzunehmen und zu einem Ausgleich zu führen.

4.3. Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung war und ist ein zentrales Anliegen der Karlsruher Liste. Seit ihrer Gründung vor nun 30 Jahren war „mehr Bürgerbeteiligung“ ein bestimmendes Element unserer politischen Forderungen. Die Zeit gab uns recht: In den letzten Jahren wurde das Schlagwort „Bürgerbeteiligung“ zu einem regelrechten Modewort der Politik. Auch in Karlsruhe wurden in der letzten Legislaturperiode zahlreiche Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt. Das Spektrum möglicher Bürgerbeteiligung reicht dabei von der einfachen Bürgerumfrage über spezielle Beteiligungsverfahren wie die Konsensuskonferenz bis hin zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden.

Aus Sicht der Karlsruher Liste braucht jedes Thema das passende Beteiligungsverfahren. Unterschiedliche Problem- und Interessenslagen erfordern unterschiedliche Lösungswege.

Dabei sollte aus Sicht der Karlsruher Liste der Bürgerentscheid, wie er etwa zur Kombilösung durchgeführt wurde, das letzte Mittel der Wahl sein. Ein Bürgerentscheid hat viele Nachteile – vor allem einen: Es kann nicht über Optionen abgestimmt werden, sondern nur über einen einzigen genau definierten Vorschlag mit „Ja“ oder „Nein“. Damit können nach einem Bürgerentscheid die Verantwortlichen nicht mehr nachsteuern. Häufig führt dann ein knapp entschiedener Bürgerentscheid zu größerer Unzufriedenheit in der Bevölkerung, statt die Situation zu befrieden. Für die Karlsruher Liste heißt das: Bei Bürgerentscheiden gibt es grundsätzlich Verlierer – und das widerspricht unserem Konsensprinzip. Wir suchen eher nach Lösungen, bei denen sich möglichst viele wiederfinden.

Bürgerbegehren zu initiieren steht allen Bürgerinnen und Bürgern frei. Allerdings sollten Bürgerbegehren nur in Ausnahmefällen von Gruppierungen des Gemeinderates ausgehen, denn diese konnten sich meist in einer Gemeinderatssitzung äußern und abstimmen.

Sinnvoller erachten wir Bürgerbeteiligungsverfahren, die zu einem Ausgleich unterschiedlicher Interessen führen. Die Stadtverwaltung muss sich in solchen Verfahren für neue Ideen und Wege aus der Bürgerschaft offen zeigen. Ihre Aufgabe ist es, Sachverstand zur Verfügung zu stellen. Empfehlungen / Lösungen, die aus den unterschiedlichen Verfahren entstehen, soll die Stadtverwaltung so umsetzen, dass am Ende auch der Gemeinderat darüber abstimmen kann. Denn auch davon sind wir überzeugt: Der Gemeinderat als von den Bürgern direkt gewähltes Gremium ist der Ort, an dem in der Regel eine rechtsverbindliche Entscheidung getroffen wird.

4.4. Netzkultur

Öffentliches Leben, öffentliche Meinungsbildung findet zunehmend im Internet statt. Für viele Menschen sind die Informationen, die wir aus dem World Wide Web beziehen, grundlegend für ihre Meinungsbildung. Damit möglichst viele Bürger jederzeit Zugang zu diesen Informationen

haben, setzen wir uns für ein freies, öffentliches W-LAN-Netz in Karlsruhe ein. Unserem Antrag dazu wurde bereits 2012 stattgegeben. Jetzt im Jahr 2014 hat die Stadt zusammen mit Partnern das Netz gestartet!

Online-Zeitungen und Foren zu bestimmten Themen und Interessenslagen spielen für die persönliche und öffentliche Meinungsfindung eine immer wichtigere Rolle. Die Karlsruher Liste sieht die Chancen, die das Internet für die Kommunalpolitik bietet, weitgehend positiv. Ein Live-Stream aus dem Gemeinderat kann die Karlsruherinnen und Karlsruher direkt über die Diskussionen im Gemeinderat und Standpunkte einzelner Gruppierungen informieren. Vorlagen, die einfach zugänglich in Netz gestellt werden, erhöhen die Transparenz der Entscheidungsfindung. Jeder Bürger, jede Bürgerin hat so die Möglichkeit, sich auf den gleichen Wissensstand wie ein Gemeinderatsmitglied zu bringen.

Auch was den Umgang miteinander im Netz angeht, bauen wir auf die Eigenverantwortung der Bürger. Denn so wie wir in einem Gespräch von Angesicht zu Angesicht agieren, sollten wir das auch im Netz tun. Tatsächlich gerät eine anonymisierte Diskussion unter einem Online-Artikel häufig außer Kontrolle. Die Beteiligten lassen es an gegenseitigem Respekt fehlen, versteigen sich gar in persönlichen Beleidigungen, rassistischen, homophoben oder anderweitig diskriminierenden Aussagen. Abhilfe könnte hier aus unserer Sicht eine Pflicht zum Klarnamen bieten. Wie in einem Leserbrief muss der Kommentator zu seinen Aussagen stehen und kann sich nicht hinter einem Pseudonym verbergen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Umgang im Netz, speziell was die Karlsruher Medienlandschaft betrifft, auf Toleranz und Respekt beruht: No Cybermobbing!

4.5 Das haben wir erreicht

- W-Lan auf öffentlichen Plätzen
- Bürgerversammlungen nach § 20 a der Gemeindeordnung
- Unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung (Konsensuskonferenz Stuttgarter Straße, Bürgerbeteiligungsverfahren Stadteingang-Ost).

4.6 Das wollen wir erreichen

- Wahlrecht für alle Karlsruherinnen und Karlsruher – Vorstöße beim Gesetzgeber
- Ausbau Schulsozialarbeit zum Erlernen sozialverträglichen Verhaltens
- Straßenfeger statt KOD (kommunaler Ordnungsdienst): Die Stadt sollte nicht ohne Not Landesaufgaben übernehmen
- Live-Berichterstattungen aus den Gemeinderatsitzungen
- weniger Überwachung durch Kameras im öffentlichen Raum
- Kein Aufenthaltsverbote oder besondere Verhaltensregeln an öffentlichen Plätzen und keine Zeitbeschränkungen auf Spielplätzen.

5. Stadtplanung

In Zeiten der Globalisierung sind die Städte mit ihrer Modernisierungsbereitschaft und ihrer demokratischen Kultur gefordert: So findet Integration in erster Linie im Stadtteil statt. Die Menschen stehen dabei eindeutig im Mittelpunkt politischen Handelns. Deshalb soll auch die „Entwicklung von Städten geprägt sein von den vielfältigen sozialen Gruppen und Schlüsselpersonen des städtischen Lebens“ („Neue Charta von Athen“, 1998). Die Stadtplaner sind dabei die Moderatoren und Koordinatoren, die Entwicklungen ermöglichen und steuernd begleiten. Transparente Verfahren vor Ort bilden die elementare Voraussetzung für Bürgerbeteiligung. Erfolgreiche Stadtplanung muss die Möglichkeiten zur Teilnahme am Dialog ausschöpfen.

Stadtplanung der Zukunft ist nachhaltige Stadtplanung, die sich mit folgenden Themen beschäftigen muss

- eine Stadt der kurzen Wege
- Versorgung im Nahbereich
- attraktiver, lebendiger, vielfältiger innerstädtischer Handel
- das Erscheinungsbild der Innenstädte und den öffentlichen Raum verbessern
- Innenstadtverträgliche Verkehrskonzepte
- Bauleitplanung im Sinne des Klimaschutzes
- Keine Zersiedelung der Randgebiete.

Karlsruhe hat eine hervorragende Ausgangslage. Entgegen dem deutschen Durchschnittstrend ist Karlsruhe eine wachsende Stadt mit hochqualifizierten, neuen Arbeitsplätzen. Daher muss sich die Stadt ganz besonders um neue Lösungsansätze bemühen wie

- Förderung vielfältiger Wohngemeinschaften
- qualitätsvolle Stadtwohnungen für unterschiedliche Zielgruppen
- neue Eigentumswohnformen

Diese Chancen wahrzunehmen sollte den Schwerpunkt der nächsten Jahre für die Stadtplanung in Karlsruhe bilden.

5.1 Öffentlicher Raum

Die Stadt sollte möglichst viele Grundstücke erwerben und für neue Wohnformen, die in Karlsruhe gebraucht werden, Wettbewerbe durchführen. Hier müssen Bedingungen für Investoren im Vorfeld geschaffen werden. Als Investoren sieht die KAL für diesen Bereich Baugemeinschaften, Volkswohnung etc. Laut Statistik sind zum Beispiel große Wohnungen für große Familien, seniorengerechte Wohnungen oder preisgünstige Wohnungen Mangelware.

Grundsätzlich sieht die KAL die Entwicklung an der Ludwig-Erhard-Allee positiv: Hier entsteht ein Stück Großstadt. Nun müssen wir die restlichen Gebiete nördlich der Ludwig-Erhard-Allee in den Fokus nehmen. Mit Kritik sehen wir die Veränderungen im Neubaugebiet: Das geplante Wasserband wird nicht so umgesetzt, wie im Entwurf vorgesehen.

5.2 Stadteile stärken

Dass die Lohfeldsiedlung noch steht, ist politisch im Wesentlichen ein Verdienst der Karlsruher Liste. Alle anderen Gruppierungen wollten schon den Abriss. Ein Modellprojekt „Partizipatorisches Bauen im Sozialwohnungsbau“ nach unseren Vorstellungen hat die Stadt zwar nicht zusammen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern erarbeitet. Aber auf unseren Antrag hin wurde eine gute Kompromisslösung gefunden. Teile der Siedlung sind erhalten und viele der dort Wohnenden haben ihre Häuser kaufen können. Der Einsatz hat sich für alle gelohnt: Es hat sich eine Genossenschaft gebildet und der Zusammenhalt ist groß in der Siedlung.

Auf dem Gelände des Alten Schlachthofs hat sich in den vergangenen Jahren viel getan. Der Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und dem politischen Ziel, hier für kreatives Gewerbe ein Zentrum zu gründen, ist zwar immer noch vorhanden. Kreatives Gewerbe ist aber deutlich auf dem Vormarsch. Der „Kreativpark Ostau“, das gesamte Gelände des Alten Schlachthofes mit den Kultureinrichtungen vom Tollhaus über das Substage bis zur Alten Hackerei ist sehr lebendig. Die Container in der Schweinemarkthalle bieten jungen Kreativen Raum zum

Arbeiten, weitere Unternehmen haben sich angesiedelt oder wollen sich ansiedeln. Für die KAL liegt der Schwerpunkt auf der Kreativität, wenn es um Entscheidungen für neue Ansiedlungen geht. Unser langjähriger Kampf für eine Kultur-Insel war erfolgreich und wir werden darauf achten, den Charakter des Gebietes zu erhalten.

Die Karlsruher Liste will die Stadtteile stärken. Beispielsweise fehlt in der Südweststadt ein Stadtteilzentrum mit Markt, Cafés und Geschäften. Ziel wäre hier, mit der Ansiedlung eines Marktes auf dem Kolpingplatz zu beginnen.

Die Konversionsgelände in der Nordstadt, in Knielingen und in Neureut-Kirchfeld sind gute Beispiele der Stadterweiterung auf ehemals militärisch genutzten Flächen. Die Umsetzung liegt in der Hand der städtischen Baugesellschaft Volkswohnung. Hier sind Alternativen zu Bauten von Privatinvestoren zu spüren, auch wenn uns eine flächensparende Bebauung mit mehr Geschosswohnungen lieber gewesen wäre.

5.3 Bauvorhaben

Das Gelände direkt am Naturschutzgebiet Alter Flugplatz muss als Klimaschneise und Naturoase von Wohnbebauung freigehalten werden. Die Entwicklung der Wohn- und Gewerbeflächen entlang der Erzbergerstraße tragen wir mit. In den kommenden Jahren wird dort das so genannte C-Areal entwickelt. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat das Gelände an einen privaten Investor aus Durlach verkauft. Die KAL nimmt auf die künftige Bebauung Einfluss, kämpft für den Bestandsschutz der Freien Aktiven Schule und achtet darauf, dass das Stadtklima trotz Bebauung nicht beeinträchtigt wird.

Die KAL will, dass das ehemalige MIRO-Erweiterungsgelände als geschützter Grünbestand ausgewiesen wird. Dadurch würde die Fläche gesichert und könnte im Rahmen der Planungen zum Landschaftspark Rhein eine wichtige Grünvernetzung zum Rhein darstellen – ohne Zufahrt zu einer zweiten Rheinbrücke!

5.4 Mobilität

Lust auf Stadt heißt auch Lust, sich in dieser Stadt zu bewegen. Mobilität ist notwendig für den Transport von Gütern und für die Wege zur Arbeit, zur Ausbildung, zum Einkauf, zur Kinderbetreuung oder zu Freunden. Mobilität heißt aber noch lange nicht viel Verkehr! Erstes Ziel der Verkehrspolitik aus Sicht der KAL lautet: Die Stadt so zu planen und zu organisieren, dass die städtebauliche Qualität gewahrt oder verbessert wird und die Wege möglichst kurz sind – also möglichst wenig Verkehr entsteht.

Der Umweltverbund (Fußgänger, Radfahrer, Bus und Bahn) muss gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) weiter gestärkt werden und im Konfliktfall Vorrang genießen. Hier kann Stadtplanung die Verkehrspolitik lenken; Neubaugebiete etwa müssen möglichst zeitgleich zum Pkw auch mit Bus und Bahn erreichbar sein.

Seit Baubeginn der Kombilösung steht die Verkehrsplanung vor besonderen Aufgaben. Nicht nur der Autoverkehr, auch der Fuß- und Radverkehr und nicht zuletzt die Bahnverbindungen müssen ständig verändert und umgeleitet werden. Das Streckennetz in Karlsruhe befindet sich seit Jahren für alle Teilnehmenden im ständigen Fluss.

Daraus ergeben sich Verschlechterungen im Angebot des ÖPNV. Umleitungen führen zu Verspätungen und längeren Fahrzeiten. Anschlüsse verschlechtern sich oder fallen aus. Es grenzt an ein Wunder, dass die Fahrgastzahlen des KVV trotzdem gestiegen sind. Und das obwohl der KVV jedes Jahr saftige Tarifierhöhungen umsetzt. Die Karlsruher Liste steht für stabile KVV-Preise. Wir haben im Aufsichtsrat des KVV immer gegen die Tarifierhöhungen gestimmt. Den Nutzern des ÖPNV dürfen während der Bauphase keine weiteren Preissteigerungen zugemutet werden. Wir haben uns vehement für den Erhalt der 24-Stunden-Karte eingesetzt. Die Umwandlung in eine Tageskarte ist für uns eine verkappte Preiserhöhung und eine Verschlechterung von Angebot und Leistung. Vielmehr sollte sich der KVV überlegen, wie er seine Leistungen während der Bauphase wieder verbessern kann. Kundenservice und Nutzerfreundlichkeit sollten an erster Stelle stehen.

Zukünftig werden sich alle Gesellschafter des KVV nicht nur der Frage stellen müssen, wie sich das Angebot des KVV halten und verbessern, sondern auch wie es sich anders finanzieren lässt. Die Karlsruher Liste möchte einen Prozess anstoßen, in dem sich der Verkehrsverbund mit Experten und vor allem den Nutzern des ÖPNV zusammsetzt und Lösungen für die zukünftige Finanzierung eines attraktiven KVV-Angebots findet.

Die Karlsruher Liste setzt sich für verkehrsberuhigte Straßen ein. Eine Reduzierung des Tempos auf der Südtangente – insbesondere nachts – und in den Stadtteilen wirkt sich zudem positiv auf das Stadtklima aus.

5.5 Das haben wir erreicht

- Unsere Kulturinsel: Kreativpark Alter Schlachthof
- Bürgerzentrum Südstadt
- Planungswerkstatt Städteingang Durlacher Allee
- Umbenennung der Kriegsstraße-Ost in Ludwig-Erhard-Allee
- Faktencheck Rheinbrücke
- Tempo 30 in der westlichen Kriegsstraße.

5.6 Das wollen wir erreichen

- Bebauungsplan für das C-Areal in der Nordstadt (westlich Erzberger Straße)
- Standortsicherung freie aktive Schule
- Raum für Begegnungen statt Verkehrsraum
- stabile KVV-Preise bei besserem ÖPNV
- autofreier Sonntag in der Innenstadt
- Plätzekonzept
- Baulücken(schließ)programm
- Ersatzbrücke für die heutige Rheinbrücke bei Maxau statt zweiter Rheinbrücke und Nordtangente-West
- Lokale zweispurige Südspange für Hagsfeld von der Elfmorgenbruchstraße bis zur Haid- und-Neu-Straße; möglichst mit oberirdischen Anschlüssen
- Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen.

6. Natur und Umwelt

Lust auf Stadt entsteht nur, wenn die Lebensqualität und damit die Umweltqualität in der Stadt stimmen. Die Karlsruher Liste strebt deshalb eine dauerhaft umwelt- und menschengerechte (nachhaltige) Entwicklung für Karlsruhe an.

Wesentlicher Aspekt der nachhaltigen Entwicklung ist das Ressourcenmanagement.

Das bedeutet, dass

- Ressourcen – soweit nicht regenerierbar – geschont oder durch regenerierbare ersetzt werden
- eingesetzte Ressourcen möglichst lange verwendet werden
- nicht mehr benötigte Ressourcen nicht vernichtet, sondern wieder aufbereitet werden und Schadstoffe und „Abfälle“ die Aufnahmefähigkeit der Umwelt nicht überfordern dürfen.

Flächenhaushaltspolitik

Die knappste Ressource in einem Verdichtungsraum wie Karlsruhe ist die Fläche. Deshalb kommt der Flächenhaushaltspolitik eine entscheidende Bedeutung zu.

Trotz der Aufnahme dieser Vorstellungen in das Planungsrecht wird in Baden-Württemberg immer noch jeden Tag eine Fläche von umgerechnet etwa zehn Fußballfeldern versiegelt: für Straßen, Plätze, Gebäude, Parkplätze etc. Die Karlsruher Liste strebt eine konsequente Reduzierung des Flächenverbrauchs an, so wie es auch die Landesregierung fordert.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet für uns in der Flächen- und Bodenschutzpolitik:

- Erhalt und Erwerb ökologisch wertvoller Freiflächen (mit Landeszuschuss von bis zu 70%)
- Bedarfsnachweise für Bau-, Industrie- und Gewerbegebiete
- Vorgaben zur Grünflächengestaltung und -pflege in Bebauungsplänen
- Festsetzung von Versiegelungsgraden
- Vorrang für Nachverdichtung
- Berücksichtigung der Anforderungen zukünftiger Generationen bei der Bauplanung
- Flächenrecycling bis hin zur Entsiegelung
- Vorrang für energiesparende Bauweisen und Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten innerhalb der Baugebiete
- keine Überforderung der Aufnahmefähigkeit der Umwelt durch Schadstoffe und „Abfälle“
- Fortschreibung der Studie „Belastungsgrenzen des Raumes Karlsruhe“ als wesentliche Grundlage für die zukünftige kommunale Planungspolitik
- im Flächennutzungsplan keine weitere Bebauung auf Hagsfelder Gemarkung aufnehmen.

Neue Flächenversiegelungen in erheblichem Ausmaß sind zu verhindern. Daher lehnt die Karlsruher Liste die Nordtangente und die zweite Rheinbrücke mit ihren flächenfressenden Zufahrten ab. Im Osten akzeptiert die Karlsruher Liste die notwendige Südspanne Hagsfeld zwischen Elfmorgenbruch- und Haid- und Neu-Straße, wir präferieren die Variante 2 mit kurzem Tunnel unter der Bahn und oberirdischen Anschlüssen an die Straßen, auch wegen der betroffenen Anrainer (Kindergarten, Wohnhäuser, Pfadfinder, Wagenburg). Eine Weiterführung bis zur Theodor-Heuss-Allee (Nordtangente-Ost) akzeptieren wir nicht; Flächenversiegelung aufgrund von neuen Erschließungsachsen siehe auch Kapitel „Stadtplanung/Mobilität“.

Durch die Sanierung und die ökologischere Gestaltung bestehender Siedlungsflächen in Karlsruhe lässt sich die Lebensqualität in der Stadt verbessern und damit mehr *Lust auf Stadt* sowohl bei Besuchern als auch bei Bewohnerinnen und Bewohnern erzeugen.

Eine Begrünung von Gebäuden und ökologische Ausrichtung von Freiflächen (z. B. Urban gardening) sowie die Verkehrsberuhigung in zentralen Bereichen schaffen Raum für Mensch und Natur in der Stadt. Bei urbanen Gartenprojekten wie den „Fächergärten“ übernehmen Menschen Verantwortung für Gemeindeflächen und bauen eine Identität mit ihrer Stadt auf.

In der Kernstadt streben wir eine multifunktionale Nutzung von nicht bebauten Flächen an. Beispiele können begrünte Hinterhöfe sein, die auch als Erholungsfläche oder Spielfläche für Kinder dienen.

6.1 Natur und Landschaft

Grundlage der Entwicklung von Natur und Landschaft auf der Gemarkung Karlsruhe ist die Sicherung und Entwicklung der vorhandenen und geplanten wertvollen Flächen wie u. a. Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, flächenhafte Naturdenkmale sowie geschützte Biotope. Die KAL setzt sich für weitere Landschaftsschutzgebiete ein und unterstützt das Regierungspräsidium Karlsruhe, ein neues Naturschutzgebiet „Knittelberg“ auszuweisen.

Mit den sonstigen verbliebenen Freiflächen ist möglichst schonend im Sinne eines Ressourcenmanagements umzugehen. Daher ist das Ziel der Karlsruher Liste, Freiflächen zu schonen und Neuansiedlungen durch Reaktivierung versiegelter Flächen zu ermöglichen. Bevor neue Flächen bebaut werden, sollten Baulücken geschlossen werden (Nachverdichtung).

Karlsruhe muss nicht zuletzt aus Gründen der Lebensqualität eine Stadt mit viel Grün bleiben. In neu entstehenden Stadtteilen müssen neue Grünflächen entstehen (siehe auch Kapitel „Sport und Freizeit“ sowie Kapitel „Stadtplanung“). Maßnahmen zur Begrünung sollen bestehende Lücken in stark versiegelten Bereichen (z. B. Hinterhöfe, verschiedene Plätze) aufwerten. Und die Stadt muss ein Konzept erarbeiten und umsetzen, wie die Frischluftzirkulation in der Stadt verbessert werden kann (Frischluftschneisen).

6.2 Lärm

Aus Sicht der Bevölkerung ist Lärm das dringlichste lokale Umweltproblem!

Entsprechend der EU-Umgebungslärmrichtlinie wurde in Karlsruhe eine Lärmkartierung für die Bereiche Straßenverkehr, Schiene (Straßenbahn) sowie Industrie und Gewerbe/Häfen durchgeführt. Ziel und Aufgabe der Lärminderungsplanung ist es, den Umgebungslärm zu mindern und noch unbelastete Räume von Verlärmung freizuhalten.

Position der Karlsruher Liste: Die Stadt muss den Lärminderungsplan konsequent umsetzen und auf lokale Probleme reagieren.

Der Lärmschutz ist insbesondere entlang der Hauptverkehrsstraßen weiter zu verbessern. Dies umfasst das Schließen von Lärmschutzlücken, Flüsterasphalt, (nächtliche) Tempolimits, passiven Schallschutz.

Weitere Ost-West-Achsen (Nordtangente!) lehnt die Karlsruher Liste unter anderem deshalb ab, weil sie Stadtteile stark mit Lärm belasten würden. Und vor allem, weil die Nordtangente die Südtangente kaum merklich entlasten würde. Stattdessen müssen Land und Stadt den Lärmschutz gerade entlang der Südtangente verbessern. Auch das komplette Überdeckeln von lauten Teilstücken darf kein Tabu sein.

Der Lärminderungsplan beruht auf Berechnungen. Wenn Anwohner dies fordern, müssen die Berechnungen durch systematisches Messen des Lärmpegels überprüft werden.

Nicht zuletzt: Auch der Schienenverkehr, Straßenbahn und Eisenbahn, verursacht Lärm. Besonders Stellen, wo alle Lärmarten auftreten, muss die Stadt in den Blick nehmen und zum Beispiel auf die Bahn oder die Verkehrsbetriebe einwirken: Hier muss es leiser werden! Bei den städtischen Töchtern AVG und VBK hat es die Stadt in der Hand: etwa durch mehr Rasengleise.

6.3 Abfall

Bei der Abfalltrennung und -verwertung hat Karlsruhe – nicht zuletzt auf Betreiben der Karlsruher Liste – mittlerweile einen guten Standard erreicht. Es gilt, diesen umweltgerechten Standard zu erhalten und gegen rückwärtsgewandte Bestrebungen zu verteidigen.

Grundsatz der Abfallpolitik der Karlsruher Liste ist: Abfallvermeidung ist ökonomisch und ökologisch der Königsweg und daher anzustreben. Abfallrecycling ist der Abfallentsorgung vorzuziehen, selbst wenn dies in manchen Fällen etwas teurer ist.

Mit dem Abfall verantwortungsvoll umzugehen, bedeutet für jeden Einzelnen, seine Trägheit zu überwinden: Abfall trennen, Pfandflaschen zurückgeben, in Grüncontainern nur Grünabfälle

einwerfen etc. Damit unsere Anstrengungen nicht nachlassen, müssen wir immer wieder zum umweltgerechten Verhalten anregen. Regelmäßige Information über und Werbung für das Abfallwirtschaftskonzept und den umweltgerechten Umgang mit Hausmüll und Wertstoffen ist notwendig.

Eine regionale Kooperation im Bereich der Abfallentsorgung ist unverzichtbar. Aktuell wird der Karlsruher Restmüll zusammen mit dem aus dem Landkreis in der Mannheimer Müllverbrennungsanlage (MVA) thermisch verwertet. Rechtzeitig vor Ablauf des Vertrages mit der MVA muss die Stadt Karlsruhe prüfen: Ist diese Entsorgung, die Teile von Mannheim mit Fernwärme versorgt, noch die beste und nachhaltigste Lösung?

6.4 Energie

Energiepolitik im engeren Sinn ist weniger ein kommunales Thema – wohl aber praktische Maßnahmen zum Energiesparen in städtischen Gebäuden, zur Nutzung regenerativer Energien, zur noch effizienteren Nutzung von Energie (Abwärme aus Kraftwerken und der Raffinerie für Fernwärme!), zum Umstieg auf umweltfreundlichere Treibstoffe für städtische Fahrzeuge (Elektrofahrzeuge, Erdgas) etc.

Wind und Sonne bringen wertvolle Beiträge zur lokalen Energieerzeugung. Doch das allein wird uns nicht retten: Der Mix und das effiziente Umgehen mit Energie macht's. Und nicht jeder Standort für Windmühlen ist landschafts- und anwohnerverträglich. Das gilt aber auch für Hochspannungsmasten und -leitungen.

Jede Verbrennung fossiler Energieträger, insbesondere von Kohle, ist schlecht für den Klimaschutz. Die Zukunft der Energieversorgung besteht aus erneuerbarer Energie (Wasser, Wind, Sonne, Biomasse etc.) und Gaskraftwerken für die Lastspitzen. Die Anlagen zu einer solchen Stromerzeugung stehen europaweit – aber auch in Karlsruhe

Die KAL sieht die Belastungsgrenzen aus immissionstechnischer Sicht im Karlsruher Westen als erreicht bzw. überschritten. Konkret: Nur wenn das alte Kohlekraftwerk RDK 7 der EnBW nur noch in Notfällen betrieben wird, macht das neue Kohlekraftwerk RDK 8 mit seinem geringeren spezifischen CO₂-Ausstoß und den weitaus besseren Schadstoff-Filtern Sinn. Darauf muss die Stadt drängen – so wie der Gesetzgeber endlich den Betrieb der viel schlechteren Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg verhindern muss. Die KAL wird dieses Vorgehen immer wieder fordern.

Wichtiges Thema „Energie sparen“: Die KAL stellt regelmäßig Anträge für mehr Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden und zur Bereitstellung der Mittel dazu. Ebenso stellen wir immer wieder den Antrag, die städtischen Busse, LKW und PKW auf Erdgas, Hybridtechnik, Biotreibstoffe umzustellen (siehe auch Kapitel Verkehr) und die Fahrzeugflotte deutlich zu erneuern – neue Fahrzeuge verbrauchen viel weniger Treibstoff. Diese Vorstöße zeigen mittlerweile endlich Erfolg. Zukünftig wird nun der Elektroantrieb entscheidend, insbesondere wenn der Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Die Verwaltung und manche städtischen Gesellschaften wehren sich hier noch. Die KAL bleibt am Thema.

Dank aufgeschlossener Stadtwerke und dem Arbeitskreis Energie der Agenda 21 Karlsruhe passiert in Karlsruhe schon einiges; Beispiele:

- Das Hochbauamt hat den Verbrauch von Strom- und Heizenergie aller städtischen Gebäude erfasst. Ausreißer werden identifiziert.
- Die Agenda 21 hat den Gebäudecheck in Gründerzeitvierteln angeregt
- Verstärkte Fernwärmenutzung u.a. Nutzung industrieller Abwärme aus der MIRO.
- Das unter aktiver Teilnahme der Karlsruher Liste erstellte Klimaschutzkonzept der Stadt listet weitere Maßnahmen auf.

6.5 Das haben wir erreicht

- Lärmschutz: neuer Fahrbahnbelag B 36/Eckener Straße
- Rückbau der Herrenalber Straße
- Mitgliedschaft der Stadt im Aktionsbündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ zur Förderung von gefährdeten Pflanzen und Tieren
- Naturschutzgebiet „Alter Flugplatz“
- Fahrzeugbeschaffung mit Gasfahrzeugen
- Tempo 30 in der Kriegsstraße
- Landschaftspark Rhein
- Ausbau des Fernwärmenetzes
- Stärkung des Naturschutzzentrums.

6.2 Das wollen wir erreichen

- Beratung bei Gebäudesanierung, wie biologische Vielfalt (z. B. Fledermäuse) erhalten werden kann, sowie Begrünung von Fassaden und Dächern
- Integriertes Rheinprogramm / Hochwasserrückhalteraum Bellenkopf-Rappenwört: Hochwasserschutz und Ökologie, Minimierung der Eingriffe in die Natur
- Ausweisung Landschaftsschutzgebiet Gießbachniederungen / Im Brühl
- Stadtklima verbessern durch Erhalt der Frischluftzirkulation
- Lärminderungsplan konsequent ausweiten, weitere Verbesserung des Lärmschutzes insbesondere entlang der Hauptverkehrsstraßen
- Lärminderung auch entlang von Bundesbahn- und Straßenbahnstrecken
- Verbesserung der Effizienz der Energienutzung: Vorrang für Fernwärme
- Ausbau regenerativer Energieerzeugung: „Repowering“ vorhandener Windkraftanlagen, Solarenergienutzung auf Gebäuden der Stadt
- Vorrang für den Umweltverbund aus ÖPNV, Fußgängern und Radfahrern
- Sparsamer Kfz-Fuhrpark der Stadt
- Fahrzeugbeschaffung mit Elektrofahrzeugen.

7. Kultur

7.1 Lebendige Kulturlandschaft

Die Kultur braucht Freiräume und Unterstützung. Kulturpolitik darf keine Inhalte vorschreiben. Sie muss neue Entwicklungen erkennen und fördern. Die ganze Kultur! Egal ob Puppen- oder Badisches Staatstheater, ob staatliche oder freie Szene. Kultur in der Stadt ist viel mehr als Kultur von der Stadt! Sie ist kein Luxus, sondern unverzichtbar für Karlsruhe.

Wir wollen Kulturschaffenden Raum geben. Leitgedanke sollte die Frage sein: Was hast du vor? Schauen wir mal, wie wir es umsetzen können!

Lust auf Stadt – ohne Kultur in der Stadt unvorstellbar. Doch was heißt „Kultur in der Stadt“? Egal wie weit man den Begriff „Kultur“ fasst: Eine lebendige Kulturszene lässt sich nur schwer in Schubladen stecken.

Die Aufteilung in Hochkultur und Soziokultur ist nicht mehr zeitgemäß. Die große inhaltliche Vielfalt der Kultureinrichtungen und Initiativen wird von den Einwohner(inne)n gewünscht und begeistert genutzt. Sie ist mitverantwortlich für die anregende Atmosphäre in der Stadt, die auch neu Hinzugezogene und Menschen aus der Region anzieht und anspricht.

Die Mischung macht es und die Mischung ist bunt wie das interessierte Publikum und die Kulturveranstaltungen, ob im KOHI oder im Staatstheater, im ZKM oder im Substage, im Tollhaus oder im Kino, in Zirkuszelten, Hallen oder unter freiem Himmel. Die Karlsruher Liste will diese Vielfalt nicht nur auf dem Papier oder in einem Kulturkonzept erhalten. Wir haben keine Angst vor Gesprächen über räumliche und finanzielle Bedarfe von Staatstheater und ZKM oder zu Sanierungswünschen, Personalkostensteigerung oder institutioneller Förderung des Kulturzentrums Tempel oder anderen Einrichtungen.

Wir wollen die Einrichtungen nicht gegeneinander ausspielen. Jedes Kultur-Angebot hat seine Bedeutung und sein Publikum und wird von den Anbietern mit hohem Qualitätsanspruch vorbereitet und präsentiert, egal ob mit eigenem Ensemble oder als Gastspiel.

Die Karlsruher Liste wertschätzt die Kompetenz und den Gestaltungswillen der Akteure gleich welcher Kultureinrichtung.

7.2 Kulturförderung

Karlsruhe bietet unzählige Möglichkeiten: Die KAL will die Lust auf Kultur in Karlsruhe fördern.

Kulturangebote sind auch Bildungschancen. Kultureinrichtungen sind Bildungsträger. Bekannte Beispiele sind die Volkshochschule, das Konservatorium, die Jugendkunstschule oder Jugendtheaterclubs von Sandkorn und Staatstheater. Die Karlsruher Liste will vor allem Angebote fördern, die nicht so sehr in der Öffentlichkeit stehen. „Kinder machen Musik“ (KIMM) als neues Projekt, mit dem Grundschulkinder Spaß am Musikmachen bekommen sollen, ist eines davon.

Feste Einrichtungen – Theater, Musik- und andere Spielstätten, Museen, Stadtbibliothek und andere – kosten das meiste Geld. Die Stadt steht hier in der Pflicht. Daneben müssen auch Projekte eine Chance haben, gefördert zu werden: zum Beispiel neue und spannende Kunstideen oder Festivals. Die Karlsruher Kultur muss lebendig bleiben, offen sein für Veränderungen. Doch Traditionelles mit Qualität darf nicht dem „Event“-Zeitgeist geopfert werden.

Ein starkes städtisches Kulturmanagement ist wichtig, das neue Entwicklungen erkennt und unterstützt sowie gegebenenfalls auf verkrustete Strukturen hinweist. Nicht die Stadtverwaltung macht kulturelle Vorgaben, wie die Kultur in Karlsruhe auszusehen hat. Vielmehr ist die Verwaltung im Rahmen eines effizienten Kulturmanagements Dienstleister für Kulturschaffende, die in und für die Stadt Kultur „machen“ wollen. Diese Art der Unterstützung gilt auch den Kulturtreibenden, die keine direkte finanzielle Förderung durch die Stadt erhalten!

Stadteigene Kultur- und Bildungseinrichtungen brauchen neue Räume: KONS, Stadtmuseum, neue Stadtbibliothek inkl. Jugendbibliothek (Mediathek!) etc. Dies trifft auch die Literarische

Gesellschaft. Die Stadt muss umfassend nach der günstigsten und besten Lösung suchen – in alten und neuen Räumlichkeiten. Dafür bieten sich an:

- die alte Feuerwache nach dem absehbaren Umzug der Feuerwehr in den Südosten
- Abriss der Gartenhalle – neues Gebäude dort
- Ständehaus
- Prinz-Max-Palais
- Städtische Gebäude in der Innenstadt.

7.3 Kulturvielfalt

Die freien Kultureinrichtungen in den Stadtteilen (z.B. KOHI-Kulturraum in der Südstadt, Tempel in Mühlburg) stehen für eine kulturelle Vielfalt: Vorträge, Lesungen, Konzerte, (Kunst-)Ausstellungen. Hier wird nicht nur soziokulturell gearbeitet – hier werden kulturelle Formen ausprobiert, die schon fester Bestandteil der Kulturlandschaft sind.

Zusammen mit dem Substage bildet das Tollhaus den Kern der Kulturinsel (und des Zentrums für Kreative) „Alter Schlachthof“. Auf Idee der Karlsruher Liste entstanden und von uns gegen viele Widerstände vorangetrieben, ist dieses Kulturgewerbegebiet die Chance für Karlsruhe. Nicht nur für Kulturbetriebe und Künstler, sondern auch für die boomende Kreativwirtschaft. Die Karlsruher Liste wird diese Entwicklung weiterhin massiv unterstützen und auch vor Fehlentwicklungen warnen: Nicht die schnelle und geldbringende Vermarktung, sondern der richtige Mix sorgen für eine erfolgreiche Zukunft des Alten Schlachthofs.

Beim der Sanierung des Badischen Staatstheaters und dem Neubau des Schauspielhauses müssen die Folgekosten in die Planungen mit einfließen. Ziel der Karlsruher Liste: eine generationengerechte Finanzierung – wir wollen den nachfolgenden Generationen keine Schuldenberge und möglichst geringe dauerhafte Lasten vererben.

Das ZKM ist nicht nur eines der kulturellen Aushängeschilder von Karlsruhe. Vor allem die dort erdachten und entwickelten Techniken für die Nutzung der gar nicht mehr neuen Medien sowie die kritische Auseinandersetzung mit den Konsequenzen für die Gesellschaft sind für die Zukunft von Bedeutung. Die KAL hat den Weg des ZKM von der Gründungsidee bis zur heutigen weltweit anerkannten Institution als Labor, Ort der Kunst und modernes „Museum“ positiv kritisch begleitet.

Mit dem Aufbau war auch die Stadt Karlsruhe finanziell stark gefordert. Heute noch übernimmt die Stadt neben dem Land die Hälfte der Grundfinanzierung – immerhin rund acht Millionen Euro pro Jahr und Träger. Weitere Mittel muss das ZKM im Wesentlichen selbst erwirtschaften.

Kultur und junge Menschen

Neben der hochkulturellen Vielfalt hat Karlsruhe auch in Sachen Popkultur viel zu bieten. Das musikalische Angebot Karlsruhes reicht von Mainstream bis hin zur subkulturellen Avantgarde. Ob Live-Musik oder DJ-Culture, bängen, rocken, swingen oder Pogo tanzen, Karlsruhes Popkultur hält für wirklich jeden Geschmack etwas bereit.

Anhänger lauter Stromgitarren, finden auf dem Schlachthof-Areal gleich zwei interessante Einrichtungen: Das Substage und die Alte Hackerei. Erstere ist ein altbekannter Karlsruher Musikclub, der kaum jemandem noch vorgestellt werden muss. Auf dem Schlachthofgelände hat das Substage einen neuen Standort gefunden. Die alte Hackerei startete 2007 als „gepflegte Punkrock-Bar“. In den Anfangstagen war die Hackerei dort die einzige Einrichtung auf weiter Flur und zudem eine der wenigen, die sich von Anfang an der Subkultur verschrieben hatte. Eine bunte Mischung eben.

Elektronische Tanzmusik ist ein fester Bestandteil der Karlsruher Clubszene. Eine außergewöhnliche Location, um am Wochenende zu House und Techno zu feiern, ist zweifelsfrei der Club Erdbeermund in Karlsruhes Südstadt. Die Veranstaltungen des Vanguardie im Mühlburger Tempelgebäude besitzen ebenfalls eine feste Größe in Karlsruhes Nachtleben. In verschiedenen Veranstaltungen mit (über)regionalen DJs wird Hip-Hop, Techno und Indie gespielt.

Ein in Karlsruhe längst etablierter Club in Sachen elektronischer Musik, stellt das Gotec dar. Eine weitere feste Größe ist auch die Rock'n Roll-Bar. Positive Vibes: Hier wird auch im kältesten Winter zu jamaikanischen Riddims getanzt. Daneben gibt es auch öfters Punkrock-Konzerte. Ein weiterer alteingesessener Club ist Le Club Carambolage. Das schrullig – kitschige Ambiente sorgt für außergewöhnlichen Partyspaß, auch unter der Woche. Über dem Carambolage erhebt sich das Liebstöckl mit einem ebenso außergewöhnlichen Flair.

Diese Aufzählung ist eine subjektive Auswahl an Locations in Karlsruhe, mit der eines verdeutlicht wird: Karlsruhe hat Potenzial, es gibt kreativ engagierte Menschen, die die (Pop)Kultur bereichern und Karlsruhe (er)lebenswert machen. Dieses Potenzial muss gegebenenfalls von der Stadt unterstützt werden. Und es wäre an der Zeit, die Sperrstundenregelung zu überdenken. Viele junge Leute empfinden diese als nicht mehr zeitgemäß. Karlsruhe sollte sich auch in dieser Hinsicht als moderne Stadt zeigen.

7.4 Das haben wir erreicht

- Kulturinsel und Kreativpark Alter Schlachthof
- Tollhaus-Erweiterung
- Bürgerzentrum Südstadt
- Substage-Finanzierung
- Sanierung des Tempel-Gebäudes.

7.5 Das wollen wir erreichen

- Sicherung der Räume für den Jazz-Club Karlsruhe im Alten Schlachthof
- Weitere Sanierung des Tempel-Gebäudes.
- Kurzzeitige Kultureinrichtungen organisatorisch fördern
- Kultur und Bildung besser verzahnen
- Städtische Kultureinrichtungen in geeigneteren Gebäuden: groß angelegte Standortuntersuchung
- Raum für Kultur – gleiche Chancen für alle kreativen Ausdrucksmöglichkeiten und Formen
- Änderung der Sperrstundenregelung
- Gleichbehandlung aller Kultursparten
- KIMM - Kinder machen Musik; jedem Kind sein Instrument
- Folgekostenberechnung für Neubau / Sanierung Badisches Staatstheater jetzt.

8. Sport und Freizeit

Aufgrund der wachsenden Zahl kommerzieller Sportangebote ist es wichtig, die soziale Funktion des Sports zu bewahren. Sport darf nicht zum Privileg einiger weniger werden. Alle Menschen unserer Stadt müssen an der Vielfalt der Angebote teilhaben können. Zur sozialen Funktion des Sports gehören auch die besonderen Aufgaben, den Sport mit sozialpädagogischen Ansätzen zu verknüpfen, oder seine Integrationskraft beispielsweise bei Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein hat eine lange Tradition. Trotz eigenständiger Ziele haben Vereins- und Schulsport das gemeinsame Bestreben, Kinder und Jugendliche zu einem lebenslangen Sporttreiben zu motivieren.

Bei den Einwohner(inne)n genießt die Freizeitorientierung einer Stadt hohe Priorität. Qualifizierte, vielseitige Angebote stellen einen Imagegewinn dar. Sie machen *Lust auf Stadt*. Sportpolitik ist deshalb auch Standortförderung.

Zur Umsetzung städtischer Sportpolitik ist die Grundvoraussetzung eine sinnvolle Förderung unter Beachtung der eigenen Zielvorgaben. Hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit mit den Organisationen des freien Sports (Sportkreis, Sportjugend, Badischer Sportbund, Fachverbände).

Der in Aufstellung befindliche Sportentwicklungsplan wird Handlungsbedarf aufzeigen (zum Beispiel zu wenige Normsporthallen, zu viele Einfeld-Gymnastikräume). Diese baulichen Defizite muss die Stadt zügig beseitigen.

8.1 Breitensport

Die Karlsruher Liste sieht den Hauptschwerpunkt der sportlichen Aufgaben der Stadt Karlsruhe im Bereich einer sportbezogenen Kinder- und Jugendarbeit. Ein Grund sind die vorhandenen Defizite bei der körperlichen und motorischen Entwicklung, die von Sportwissenschaftlern belegt wird. Dabei stellt der festzustellende Bewegungsmangel die Hauptursache dar: Immer mehr Kinder bewegen sich immer weniger. Zudem sind die persönlichkeitsbildende Wirkung des Sports und das Einüben gesellschaftlichen Rollenverhaltens festzuhalten.

Die Stadtverwaltung sollte Maßnahmen unterstützen, koordinieren und letztlich auch initiieren mit der Zielrichtung, Sport- und Bewegungsangebote zu schaffen im Sinne einer sportbezogenen Kinder- und Jugendarbeit. Dabei sind insbesondere die Zielgruppen anzusprechen, die nicht oder nicht mehr in Vereinen organisiert sind. Idealerweise wenden sich die Kinder und Jugendlichen später erneut Vereinsangeboten zu. Primäres Ziel ist es jedoch, Kinder und Jugendliche zu einem lebenslangen Sporttreiben zu motivieren.

Beispielhafte Projekte aus Karlsruhe waren und sind:

- der Sport-Punkt Nordstadt,
- das Mobile Sportbüro,
- die Initiative „Sport auf der Straße“,
- das Projekt „Kinder in Bewegung“ der Sportjugend Karlsruhe,
- die Kindersportschulen einiger Vereine
- die Sport- und Bewegungskindergärten
- Sportangebote im Ferienpass wie Skaten und Rollerbladen
- und an der „Blauen Hütte“ in Geroldsäcker sowie beim FSV Hardeck.

Kinder wollen sich bewegen – vor allem in ihrem persönlichen Umfeld. Für die Karlsruher Liste heißt das: Kinder müssen in ihrem Viertel im öffentlichen Raum spielen können. Das bedeutet, Straßen, Gehwege und Plätze mit einzubeziehen und das Spielen in Höfen und auf Rasenflächen zu gestatten.

Die Politik soll bei vielen Freizeitmöglichkeiten nur begrenzt eingreifen. Vieles ist einfach da: Der Hardtwald direkt hinter dem Schloss, der Oberwald, das Landschaftsschutzgebiet südliche Hardt, die naturschutzwürdigen Rheinauen: Natur hat einen großen Freizeitwert.

Dies erleben die Einwohnerinnen und Einwohner am besten zu Fuß oder mit dem Rad. Entsprechend sind die Wege zu gestalten und zu unterhalten. Das 20-Punkte-Programm für Radfahren in Karlsruhe wird auch den Freizeitverkehr stärken. Neben den städtischen Radrouten, die nach und nach umgesetzt werden und die zum Teil auch hohen Freizeitwert haben, muss sich die Stadt für Fuß- und Radwanderwege in der Region einsetzen.

Auf Initiative und nach einer Idee der Karlsruher Liste hat die Stadt seit 2013 eine 8,88889 Kilometer lange Trainingsstrecke für Läufer, Walker und Inline-Skater eingerichtet. Die Streckenlänge ist nicht zufällig gewählt, sondern das historische Maß der Badischen Meile. Vom Gartenbauamt mit Kilometerschildern und Richtungsweisern ausgestattet führt die Strecke auf einem Rundkurs entlang der Alb, ist verkehrsfrei und idyllisch.

8.2 Vereine

Vereine müssen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzugehen. Neben der Koordination von Projekten sind die Förderrichtlinien ein Instrument der Steuerung. Vereine, die sich in der Jugend- und Seniorenarbeit sowie der Gesundheitsförderung engagieren, werden bei der Förderung bevorzugt.

Eine zusätzliche Unterstützung ist da gefragt, wo der organisierte Sport in besonderem Maße an der Lösung schwieriger gesellschaftspolitischer Aufgaben mitarbeitet. Dies ist beispielsweise bei der Betreuung von Jugendlichen in schwierigem Umfeld (in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit) sowie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderten der Fall.

Das so genannte Karlsruher Modell hat sich als erfolgreich erwiesen. Die meisten Sportanlagen sind – mit Ausnahme der Schulsporthallen und fast aller Bäder – in der Hand von Vereinen, wobei die Stadt den Bau und die Unterhaltung mitfinanziert. Dieses Modell sichert eine laufende Überwachung und Unterhaltung der Anlagen. Aufgrund der vielen Stunden von Ehrenamtlichen im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements und aufgrund des Eigenbeitrags der Vereine hat die Stadt in der Vergangenheit viel Geld gespart. Dies zeigen Vergleichsrechnungen mit Städten, in denen sich die Sportanlagen in städtischem Eigentum befinden. Aktuell zeichnet sich weiterhin eine Unterfinanzierung der Vereine ab, insbesondere aufgrund gestiegener laufender Kosten, vor allem der Energiekosten.

8.3 Bäder

Die Stadt unterhält auch eigene Freizeiteinrichtungen: Schwimmen, Baden, Wellness und Entspannung in den Karlsruher Bädern sind für Besucherinnen und Besucher hochattraktiv. Allerdings sieht die KAL weiterhin große Probleme bei der Organisation des Schul- und Vereinsschwimmens nach der erfolgten Schließung des Tulla- und Wettersbacher Bads. Das beschlossene und derzeit in Detailplanung befindliche zusätzliche 25-Meter-Becken im Fächerbad könnte hier Entlastung bringen; insbesondere für Synchronschwimmen, Tauchen, Unterwasserrugby, Wasserball etc.

Im Bäderkonzept, das 2013 fortgeschrieben wurde, wird eine Neuordnung der städtischen Bäder beschrieben. Neben den beiden Schwerpunktbädern Europabad und Fächerbad, das weiter saniert und modernisiert werden soll, gibt es stadtteilbezogene Schwimmhallen und Freibäder. Wo nötig, sollen diese Anlagen saniert werden, bei möglichen Neubauten ist uns die Größe des Einzugsgebietes wichtig, damit das Bad wirtschaftlich betrieben werden kann. Die KAL unterstützt die Arbeit der Fördervereine von Bädern, Beispiel „Wölfle“.

8.4. Stadtgarten und Zoo

Auch beim Zoo ist die Kommunalpolitik gefragt. Zoobesuche stehen nach allen Umfragen mit an der Spitze der Freizeitaktivitäten. Die Aufgabe von Stadt und Gemeinderat: das Interesse der Besucher und Besucherinnen, Tiere zu beobachten, mit den Ansprüchen einer möglichst artgerechten Haltung zu verbinden.

Die KAL stand von Anfang an hinter dem Gemeinderatsbeschluss zum Zoo-Umbau. „Südwestdeutschlands schönster Zoologischer Stadtgarten“ bleibt ein hohes Ziel. Auch wenn wir gegen die Schließung des Tullabades waren, tragen wir die Einrichtung eines Exotenhauses in der Hülle des Gebäudes mit.

Ein Highlight für die Besucherinnen und Besucher ist das jährliche Lichterfest im Stadtgarten. Die Karlsruher Liste hat die drohende Ausdünnung (Fest nur noch alle zwei Jahre) verhindern können.

Die Eintrittspreise für den Zoo sind dank einer Initiative der Karlsruher Liste um ein Segment erweitert worden: Die von der Stadt eingeführte und sehr umständliche Familienkarte wurde abgelöst durch eine Gruppenkarte, mit der bis zu zwei Erwachsene mit maximal vier Kindern unabhängig vom Verwandtschaftsgrad oder Wohnort den Zoo besuchen können.

8.5 Karlsruher Feste

Für Feste muss die Stadt Raum geben – von den Stadtteilfesten über den Stadtgeburtstag bis zu „Das Fest“. Der Marktplatz als Aushängeschild der Innenstadt darf allerdings nicht mit jeder beliebigen Veranstaltung rund ums Jahr belegt werden. Vor allem Events ohne Karlsruher Tradition können auch woanders als auf dem zentralen Platz der Weinbrenner-Stadt stattfinden. Derzeit ist der Marktplatz durch die Kombi-Baustelle geprägt und steht nicht als „Festplatz“ zur Verfügung. Der Friedrichsplatz darf nicht zum Dauer-Ersatz-Festplatz umfunktioniert werden. Seine Funktion als Ruhe-Oase inmitten der City muss wieder hergestellt werden. Freizeit in der Stadt heißt eben auch Lebensqualität, sich auf Plätzen aufhalten und Natur genießen.

Langfristig braucht die Stadt das Plätze-Konzept: eine klare, unverwechselbare Ausrichtung, eine Art Motto, für jeden Platz in der Innenstadt.

8.6 Das haben wir erreicht

- Das Lichterfest im Stadtgarten findet wieder jährlich statt
- Für verschiedene Formen von Familien gibt es eine Gruppenkarte für den Zoo/Stadtgarten
- Ausweisung einer Trainingsstrecke mit der Länge einer Badischen Meile in der Günter-Klotz-Anlage
- Die Karlsruher Liste nimmt am Fiducia Baden-Marathon teil.

8.7 Das wollen wir erreichen

- Verbesserung des „Karlsruher Modells“ bei der Förderung von Vereinssportanlagen
- Städtische Unterstützung für Sport als Beitrag zur sozialen Stadt
- Sportangebote für Menschen 60+
- mehr Bolzplätze für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
- Aufwertung des Bolzplatzes Stuttgarter Straße
- Bau zusätzlicher Dreifeldhallen (Normsporthallen) durch die Stadt
- in der Europahalle muss bei der Belegung Vorrang für den Sport gelten
- weitere regionale Radwege in der Technologieregion schaffen
- Instandsetzung der öffentlichen Skateanlagen
- Erlebnisort Kronenplatz
- Boule spielen als kommunikativer Treff und Bouleturniere fördern
- Förderung des Inlineskatens und Erhalt der Skatenite
- Bau eines kostengünstigen, bundesligatauglichen Stadions im Wildpark (Modelle Mainz und St. Pauli) mit besonderer Berücksichtigung der Fans (eigene Tribüne). Bau nur, wenn der KSC eine faire, kostendeckende Miete zahlen kann.

9. Lokal handeln – global denken

Ein lebhaftes Wirtschaftsleben und das daraus erwachsende Steueraufkommen ist die Grundlage, auf der Kommunalpolitik möglich wird. Was kann die Stadt hier leisten?

Wichtige Punkte sind:

- Karlsruhe muss attraktiv für Investoren und ihre Mitarbeiter sein
- Karlsruhes Funktion als regionales Oberzentrum muss gestärkt werden
- die Technologie-Region Karlsruhe muss gestärkt werden, denn eine positive Entwicklung kommt auch dem Oberzentrum zugute
- antizyklische Haushaltspolitik, generationengerecht: Schulden niedrig, Infrastruktur (Schulen, Straßen etc.) in Ordnung
- eine effektive Verwaltung
- nach Branchen und Betriebsgröße ausgeglichene Struktur der Wirtschaft (krisensicher!).

Um eine Stärkung der Funktion als regionales Oberzentrum zu erreichen, sind ein guter öffentlicher Personen-Nahverkehr, ein ansprechendes Kulturangebot, eine gepflegte Gastronomie und ein reichhaltiges Angebot im Einzelhandel wichtig.

Die Steigerung der Attraktivität von Karlsruhe ist die Aufgabe des Stadtmarketings. Hier muss aber die Politik unterstützen, zum Beispiel durch nachhaltige Projekte wie den weiteren Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes, die energetische Sanierung städtischer Gebäude sowie die Erneuerung des städtischen Fahrzeugpools. Auch das Amt für Wirtschaftsförderung ist daran beteiligt, die Attraktivität Karlsruhes zu erhöhen, etwa mit der Bereitstellung von geeignetem Grund und Boden für ansiedlungswillige Betriebe. Bei der Ausweisung neuer Flächen müssen die natürlichen „Grenzen des Wachstums“ (siehe auch Kapitel Natur und Umwelt sowie Kapitel Stadtplanung) berücksichtigt werden: Innenentwicklung hat Vorrang.

9.1 Technologieregion

Für die Karlsruher Liste sind die derzeitigen Strukturen der Technologieregion und die verschiedenen im gleichen Raum arbeitenden Institutionen (Technologieregion, Regionalverband, Nachbarschaftsverband Karlsruhe etc.) zu wenig vernetzt sowie deren Aufgaben nicht klar genug gegeneinander abgegrenzt. Es sollte daher neben den gesetzlichen Aufgaben (der Regionalverband erstellt den Regionalplan, der Nachbarschaftsverband den Flächennutzungsplan, die Technologieregion konzentriert sich auf das Regionsmarketing) zu einer klareren Aufgabenverteilung zwischen den „Regionalinstitutionen“ kommen.

Das Umland von Karlsruhe ist Teil der Technologieregion Karlsruhe. Viele Umlandgemeinden sind im Vergleich zum Oberzentrum Karlsruhe nahezu schuldenfrei, während dieses viele Funktionen auch für die Bürger der Umlandgemeinden zur Verfügung stellt. Der Finanztransfer und die Aufgabenverteilung in der Region müssen daher neu überdacht werden.

9.2 Europäische Integration

Die Europäische Union hebt neben den Metropolregionen besonders die Grenzregionen als Motoren der europäischen Integration und wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker hervor. Darum ist es notwendig, am Oberrhein, einem alten Kernland Europas, das raumordnerische Zusammenwachsen zu beschleunigen und die Scharnierfunktion der Region Karlsruhe nach Süden (Südlicher Oberrhein) und Norden (Metropolregion Rhein-Neckar) zu nutzen.

Nach Süden ist das raumordnerische Ziel die Entwicklung einer trinationalen Europäischen Metropolregion Oberrhein. Der Weg zu dieser Metropolregion Oberrhein wird noch weit sein, aber es lohnt sich sicher, diesen Weg zu gehen und die KAL unterstützt diesen Weg.

Die im Sommer 2008 vereinbarte Kooperation zwischen der Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar und der Technologieregion Karlsruhe ist ein zusätzlicher Schritt, die Zusammenarbeit nach Norden weiter zu verbessern.

9.3 Internationale Vernetzung der Kommunen

Karlsruhe benötigt eine stärkere Präsenz im globalen Netzwerk von Metropolregionen, die sich gemeinsam mit ihren Qualitäten den aktuellen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. Die Notwendigkeit, Auswirkungen der Globalisierung zu bewältigen und sich auf die supranationale Politik der EU einzustellen, erfordern ein globales Bewusstsein in den Kommunen.

Bestehende Projektkooperationen sind heute schon Kern unserer transnationalen Städtebeziehungen. Für eine internationale Stadt wie Karlsruhe ist es jedoch wichtig, diesen Dialog in allen gesellschaftlichen Bereichen zu suchen und entsprechende Engagements zu fördern.

Die globalen Herausforderungen werden in den Städten und Gemeinden verstärkt wahrgenommen. Die Kommunen reagieren darauf mit einer zunehmenden internationalen Vernetzung und einer Neubestimmung der kommunalen Zusammenarbeit, zum Beispiel mit der Gründung des Weltverbandes „Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften“ (UCLG) in Paris im Mai 2004.

Die Kommunen sind *Staat* und zugleich *Zivilgesellschaft* «vor Ort», Keimzelle demokratischer Partizipation und nahe an der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger. Von den globalen wie den lokalen Problemen betroffen zu sein, lässt sich vor Ort weniger leicht leugnen oder verdrängen. Die Handlungsmöglichkeiten sind hier natürlich begrenzt, und es wäre völlig verfehlt, der kommunalen Politik die alleinige Verantwortung bei der Lösung globaler Probleme zuweisen zu wollen. Aber sie kann deutlich machen, dass Potenziale für politische Alternativen vorhanden sind und dass sie ausgeschöpft werden können, dass ein Anfang möglich ist. Und dass Probleme, die alle betreffen, erfolgreicher gelöst werden können, wenn sie auch gemeinsam angegangen werden. Transnationale Zusammenarbeit ist hier eine zukunftsweisende Form: Sie nimmt die Globalisierung aller Lebensbereiche auf und ermöglicht, voneinander zu lernen und offen zu sein für neue Lösungen. (aus „Synergie von Nachhaltigkeit und Transnationalität“).

Die Agenda 21 formulierte zum ersten Mal ernsthaft den Anspruch, internationale Politik nach gemeinsamen politischen Maßstäben und Zielen zu gestalten, und wies darüber hinaus zum ersten Mal den Kommunen hierbei eine wichtige Rolle zu. Die Lokale-Agenda-Bewegung hat den globalen Zusammenhang zum Thema lokaler Politik gemacht.

9.4 Global denkende und Verantwortung übernehmende Kommunalpolitik

Wirtschaft, Kultur, Bildung, Sport und Bürgerbegegnungen sind wesentliche Elemente. Gleich welcher Art die Beziehungen auch sein mögen, sie müssen aktiv gelebt werden: von Bürgern, Unternehmen, Vereinen und Institutionen.

Die Entwicklung einer Stadt kann nur durch das Engagement ihrer Einwohner in Vereinen, Bürgerinitiativen oder sonstigen Gruppen, aber vor allem auch in der Kommunalpolitik als wichtigem Entscheidungsraum, vorangebracht werden. Darum will die Karlsruher Liste „Lust auf Demokratie“ machen.

Die Karlsruher Liste will dabei einerseits Forum und Ansprechpartner sein und andererseits über die Verbesserung der Möglichkeiten politischer Teilhabe (siehe Kapitel „Politische Teilhabe“) Menschen motivieren, sich für IHRE Stadt Karlsruhe zu engagieren.

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei der KAL

| | | |
|------------------------------|--------------------------------------|--|
| Wir über uns | Michael Haug, Lüppo Cramer | michael.haug@karlsruher-liste.de |
| Politik der Karlsruher Liste | Das gesamte Team | |
| Menschen in Karlsruhe | Margot Döring | margot.doering@karlsruher-liste.de |
| Politische Teilhabe | Sonja Döring, Sabine Speck | sonja.doering@karlsruher-liste.de |
| Stadtplanung und Mobilität | Lüppo Cramer, Ludwig Fischer | lueppo.cramer@karlsruher-liste.de |
| Natur und Umwelt | Jost Armbruster, Karl-Heinz Spengler | jost.armbruster@karlsruher-liste.de |
| Kultur | Daniel Huck, Britta Velhagen | daniel.huck@karlsruher-liste.de |
| Sport und Freizeit | Eberhard Fischer, Sonja Döring | eberhard.fischer@karlsruher-liste.de |
| Blick in die Region | Karl-Heinz Spengler, Stefan Struck | karl-heinz.spengler@karlsruher-liste.de |

Die Programm-Kommission:
Sonja Döring – Daniel Huck – Margot Döring (viSdP)

P.S. Die KAL erhält als rein kommunal antretende mitgliedschaftliche Wählervereinigung im Gegensatz zu Bundes- und Landesparteien keine Wahlkampfkostenerstattung. Wir finanzieren uns ausschließlich aus Spenden und freuen uns über jede Unterstützung, auch finanzieller Art.

Konto-Nr. 0229 736 752 BLZ 660 100 75 Postbank Karlsruhe